



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.11.2007

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Frau Stadträtin Förg	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Späh	
Frau Stadträtin Vollmer	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr OV Aßfalg, Stafflangen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr OV Boscher, Ringschnait	ab TOP 2
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	ab TOP 2
Herr Dempel, Stadtwerke Biberach	ab TOP 2 bis TOP 5
Herr Fessler, Ordnungsamt	
Herr OV Krause, Mettenberg	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	bis TOP 5
Herr Reiser, Hochbauamt	
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Stotz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Frau Voss, Stadtmarketing	ab TOP 12
Herr Winter, Bruno-Frey-Musikschule	ab TOP 12

entschuldigt:

Herr Stadtrat Gehring
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	1. Lesung des Haushaltplanentwurfs 2008	
3.	1. Feuerwehrgerätehaus/Frondienst Mettenberg	202/2007
	1.1 Bauliche Erweiterung sowie Umbau von bestehenden Räumlichkeiten für die Teilortfeuerwehr Mettenberg sowie den Frondienst	
	1.2 Neu- und Weiterbeauftragung von Fachingenieuren und Architekt	
	2. Rathaus Mettenberg	
	2.1 Außensanierung Gebäudehülle inkl. energetischer Verbesserung / erforderliche Verbesserungen für Registratur/Gemeindearchiv	
	2.2 Beauftragung des Architekten sowie eines Bauphysikers	
	2.3 Funktionale Verbesserungen im Bereich der Räume Ortsvorsteher/Sekretariat	
4.	Parkdeck der Tiefgarage Stadthalle; Gestaltungskonzept und Mehrkosten gegenüber der Herstellung der ursprünglichen Situation	194/2007 + 194/2007-1
5.	Interessensverband Südbahn/Vorfinanzierung der Vorplanung Veränderte Rahmenbedingungen	193/2007
6.	Fortführung des Präsenzdienstes	198/2007
7.	Kunstinstallation am Ulmer Tor	192/2007
8.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Talfeld"	195/2007
	a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	
	b) Billigung des Regelwerkentwurfes	
9.	Festlegung des öffentlichen Interessenanteils bei der Kalkulation der Friedhofsgebühren ab dem Jahr 2008	188/2007 + 188/2007-1
10.	Änderung des Wirtschaftsplans 2007 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	204/2007
11.	Quartalsbericht für das I. - III. Quartal 2007 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft	196/2007
12.	Beteiligungsbericht 2007 der Stadt Biberach	189/2007
13.	Kulturbudget 2006 - Jahresabschlussbericht	199/2007
14.	Fahrradabstellplätze	197/2007
15.1.	Verschiedenes: Wieland-Stiftung	
15.2.	Verschiedenes: Bauvorhaben Hiller, Pfluggasse	
15.3.	Verschiedenes: Neubau Hallenbad	

Die Mitglieder wurden am 08.11.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 15.11.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Eine Bürgerin fragt, warum es in Biberach die Firma Deichmann nicht gebe. Sie habe gehört, der Gemeinderat habe dies in letzter Instanz abgelehnt.

OB Fettback erwidert derartige Wünsche würden vom Gemeinderat sicher nicht abgelehnt. Das Gerücht sei nicht zutreffend.

TOP 2 1. Lesung des Haushaltplanentwurfs 2008

OB Fettback führt aus, Biberach sei es im Vergleich zu anderen Städten schon immer gut gegangen, dennoch habe auch Biberach Höhen und Tiefen verzeichnet. Das letzte Tief sei 2003/2004 gewesen, wo man sich um eine Haushaltskonsolidierung bemüht habe. Dies dürfe man bei aller Euphorie nicht vergessen. Der Haushaltsplanentwurf spiegle eine kerngesunde Entwicklung wieder und trage der allgemein guten Situation Rechnung. Es sei alles enthalten, was man gemeinsam auf den Weg gebracht habe. Leitlinie sei dabei gewesen, keine Neuverschuldung vorzuschlagen, was geglückt sei. Dies habe man nicht durch eine wesentlich höhere Rücklagenentnahme kompensieren müssen, sondern diese sei nur 1 Mio. höher als 2006 vorgesehen. Auch habe man die Unternehmenssteuerreform vor Augen gehabt, deren Wirkungen ungewiss seien und schlage einen 10%igen Abschlag bei den Gewerbesteuererinnahmen vor. Ein kleiner Schönheitsfehler sei die Minuszuführung, was aber im Zwei-Jahres-Versatz nach dem außergewöhnlich guten Jahr 2006 klar gewesen sei. Man verzeichne einen kräftigen und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung in Biberach und habe keine Anhaltspunkte, dass diese Entwicklung mittelfristig abbreche. Alle Betriebe prosperierten, zum Beispiel auch die Firma Vollmer, die am Standort investiere. Auch der Mittelstand wachse. Die gute Ausgangslage lese sich auch an der aktuellen Arbeitslosenquote von 2,6% ab, wobei davon nur 1,7% Empfänger von Arbeitslosengeld I seien. Man könne also von Vollbeschäftigung sprechen. Dennoch habe man Probleme. Eine Herausforderung stelle der Fachkräftebedarf für die Wirtschaft dar. Dies sei auch zentrales Thema in der Vorwoche bei einem turnusmäßigen Gespräch mit den Unternehmen gewesen. Dieser Mangel sei auch im Mittelstand zu verzeichnen. Ein weiteres Problem stelle die Infrastruktur dar. Man benötige Flächen für die Unternehmen, beispielsweise für die Südabrundung der Firma Liebherr, für ein neues Gewerbegebiet und die Nordwestumfahrung. Auch die Südbahn stelle ein wichtiges Rückgrat dar. Man müsse alles in Gang setzen, um der Nachfrage der Wirtschaft gerecht zu werden. Dies sei nicht immer so gewesen. Er erinnert an die Entwicklung des Gewerbegebiets Aspach, das bei seinem Amtsantritt noch nicht zur Verfügung gestanden habe. Damals sei die geplante Entwicklungssatzung gescheitert, da Thomae seinen Bedarf zurückgezogen habe. Als weitere Aufgabe gibt er zu bedenken, dass auch in Biberach Menschen lebten, die an der Prosperität nicht teilhaben könnten. Es fehle an bezahlbaren Mietwohnungen und die generelle Fehlentwicklung in der Gesellschaft, die mit dem „Verlust der ländlichen Ländlichkeit“ bezeichnet werde, sei auch in Biberach feststellbar.

Von insgesamt über 11 neuen Stellen im Stellenplan resultierten „nur“ 1,5 aus Vorschlägen, die noch nicht vom Gemeinderat auf den Weg gebracht worden seien. Dabei handle es sich um eine Stelle für einen Gebäudetechniker beim Gebäudemanagement, mit dem man erreichen wolle, dass die hochwertigen Anlagen eine bessere Wirtschaftlichkeit erzielten. Ferner beantrage man eine halbe Stelle für die Grünbetreuung, um mehr für die Visitenkarte der Stadt machen zu können. Herr Kley, der für diese Aufgabe zuständig sei, sei sehr gefordert. Dabei müsse man bedenken, dass man einmal ein eigenes Garten- und Friedhofsamt hatte, dieser Bereich also gewaltig reduziert worden sei, weshalb man die Stelle für gerechtfertigt erachte. Ferner schlage man die Wiederbesetzung der vhs-Leitung vor. Die Vorlage sei an den Gemeinderat verteilt. Die Diskussion habe ihn zum Nachdenken gebracht. Entscheidend für den Verzicht auf die Wiederbesetzung und die Deckelung der Ausgaben des Kulturbudgets sei die Zeit der Haushaltskonsolidierung gewesen. Man müsse daher auch den Mut zum Umsteuern haben, wenn es der Stadt längerfristig wieder gut gehe. Auch die Wirtschaftsfrage die Volkshochschule zur Gewinnung von Fachkräften mehr denn je nach. Dabei gehe es nicht um fachspezifische Fortbildung sondern, die Volkshochschule

sei ein weicher Standortfaktor und könne mit eigener Leitung stärker in der Erwachsenenbildung agieren.

Der Neubau der Dollinger-Realschule sei dotiert, auch wenn die Entscheidung noch offen sei. Dies sei eine riesige Chance, die man wahrnehmen müsse. Für die schulische Entwicklung hätte man die einmalige Chance, alle weiterführenden städtischen Schulen räumlich wie an einer Perlenkette aufgereiht an einem Standort zu haben, der auch fußläufig mit den Sportstätten verbunden wäre. Und es stellte auch einen erheblichen Beitrag für die Entwicklung der Hochschule 2012 dar. Sollte dies klappen, müssten erhebliche städtische Mittel aufgebracht werden.

Zu den Unternehmen Stadtwerke Biberach und e.wa riss GmbH müsse man bei aller Diskussion um den Neubau des Hallenbads bedenken, dass den Hauptteil der Beteiligung mit 8,5 Mio. € die Tiefgaragen ausmachten, die derzeit die Hauptlast der Stadtwerke Biberach darstellten. Bei der e.wa riss GmbH seien ab 2008 erheblich rückläufige Gewinnerwartungen einzuplanen, deren Hauptgrund im gesetzlich vorgeschriebenen Unbundling liege. Aber trotz geringerer Gewinnausschüttung könne man stolz auf diese beiden Unternehmen sein, die immer noch eine respektable Rendite erwirtschafteten, die den Bürgern zu gute komme. Er appelliert, auf diese Unternehmen und deren Vorhaben Rücksicht zu nehmen und stellt die Frage in den Raum, welche andere Lösung man denn hätte.

Zum Stichwort Kreisumlage führt er aus, Biberach sei der Motor des Landkreises. Am Freitag der Vorwoche habe die erste Lesung des Kreishaushaltes stattgefunden und alle Fraktionen hätten den Landkreis aufgrund seiner Prosperität gelobt. Die Steuerkraftsumme für 2008 sei um 45,32% höher. Dabei sei die Stadt die Nr. 1 mit 2.909 € je Einwohner. Die Nr. 2 erbringe 1.586 je Einwohner. Überdies erbringe Biberach 40% der Kreisumlage bei nur 17% Bevölkerungsanteil im Landkreis. Dies schaffe Selbstbewusstsein.

Trotz sehr guter finanzieller Ausgangslage investiere man in keinen Luxus, sondern in nachhaltige Projekte und betreibe damit Risikovorsorge. Bei den Bauausgaben stünden Sanierungen mit 4,88 Mio. € auf Platz 1. Platz 2 belegten Schulen und Bewegungsräume mit 4,7 Mio. €. Diese beiden Positionen zusammen machten 80% der gesamten Bauausgaben von 2008 aus. Dies zeuge davon, wie wichtig es den Verantwortlichen sei, in Aufgaben zu investieren, die die nachfolgenden Haushalte entlasteten und belege die Verlässlichkeit der Stadt und ihre Stabilität. Daher wolle man auch die Hebesätze nicht verändern, vor allem aufgrund der Unsicherheiten der Unternehmenssteuerreform und da man das Geld nicht konsumiere, sondern investiere. Auch müsse man bedenken, dass es noch viele Vorhaben gebe, die noch nicht dotiert seien, aber zwangsläufig anstünden. Als Beispiel nennt er Investitionen im und für die Stützpunktfeuerwehr, die über 40 Jahre alt sei, sowie den Sanierungsbedarf im Bestand der Turnhallen. Er stellt wie im Vorbericht fest: „Wir sollten gerade auch in diesen finanziell außerordentlich guten Zeiten Maß halten.“ Dies sei schwierig, aber machbar. Der Kreativität seien keine Grenzen gesetzt, was viele Anträge zum Haushalt zeigten. Man müsse jedoch die Nachhaltigkeit von Entscheidungen im Auge behalten. Hierfür habe man eine komfortable Ausstattung für die anstehenden Beratungen. Setze man den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen zu den Schulden zum 31.12.2008 in Vergleich, hätte man immer noch ein Plus von 57,18 Mio. €. (Applaus)

Anschließend führt Frau Leonhardt aus: „Sehr geehrter Herr OB Fettback, sehr geehrte Damen und Herren, ich habe dieses Jahr die Aufgabe, Sie in den Haushaltsentwurf 2008 einzuführen. Das Ergebnis des Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurfs kann sich sehen lassen. Mit einem Volumen von über 120 Mio. € im Verwaltungshaushalt liegen wir im oberen Bereich vergleichbarer Städte.

Ich möchte dieses Jahr nicht auf Einzelheiten des Entwurfs eingehen, sondern über Grafiken die bisherige und voraussichtlich künftige Entwicklung unseres Haushalts informieren und Sie so für die künftigen Prognosen sensibilisieren .

Die wichtigsten Steuereinnahmen und Umlagen:

Bei der Gewerbesteuer wurde der Hebesatz zum 01.01.2006 von 340 auf 330%Punkte gesenkt. Im Landesdurchschnitt vergleichbarer Städte beträgt der Hebesatz im Jahr 2007 rund 344%Punkte. Das Unternehmenssteuerreformgesetz, welches zum 01.01.2008 in Kraft tritt, bringt zahlreiche Änderungen mit sich, die im Vorbericht dargestellt sind. Die Reform führt bei voller Wirkung zu Einnahmeausfällen von ca. 5 Mrd. €, die von Bund und Ländern getragen werden sollen. Da die Kommunen ebenfalls von den Einnahmeausfällen betroffen sind, wurde der Gesetzesentwurf nachgebessert und die Gewerbesteuerumlage um 8%Punkte auf 65%Punkte abgesenkt, um in den darauf folgenden Jahren dann jeweils wieder um 2%Punkte anzusteigen. Wie sich die Unternehmenssteuerreform auf Biberach auswirkt, kann seriös nach wie vor nicht abgeschätzt werden. Wir sind hier allein auf die Einschätzung der Unternehmen angewiesen und diese sehen teilweise unterschiedlich aus.

Getragen vom anhaltenden Erfolg unserer Unternehmen gehen wir für 2008 von einem Steuer-aufkommen von 60 Mio. € aus. Dabei wurde eine Belastung aufgrund der Reform mit rund 10% einkalkuliert. Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verbleibt damit ein Netto-Gewerbesteueraufkommen von rund 48,18 Mio. € (Vorjahr: 51,79 Mio. €). Die Verwaltung sieht derzeit keine Veranlassung für eine Reduzierung des Hebesatzes, weil erst die konkreten Auswirkungen der Reform abgewartet werden sollten, bevor über Steuerreduzierungen nachgedacht werden kann. An dieser Stelle möchte ich ganz ausdrücklich allen Unternehmen und Betrieben in Biberach meinen herzlichen Dank sagen, denn sie leisten mit Ihrer Arbeit und Ihrem Erfolg den entscheidenden Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der städtischen Infrastruktur.

Der Umsatzsteueranteil, welcher als Ersatz für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer eingeführt wurde, beträgt 485 Mio. € für Baden- Württemberg und ist gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen. Das Einkommenssteueraufkommen beträgt voraussichtlich 4,1 Mrd. € für Baden-Württemberg und ist gegenüber der Prognose im Vorjahr deutlich höher als erwartet (3,3 Mrd. €). Der geplante Einkommensteueranteil liegt mit 12,53 Mio. € rd. 2,44 Mio. € über dem letztjährigen geplanten Anteil mit 10,09 Mio. €.

Die Grundsteuer A (74.000 €) wurde zum 01.01.06 von 270 auf 250% Punkte und die Grundsteuer B (4,12 Mio. €) von 320 auf 300% Punkte gesenkt. Eine weitere Veränderung der Hebesätze für die Grundsteuer hält die Verwaltung derzeit nicht für geboten, weil die seit Jahren ausstehende Reform der Grundsteuer von der Großen Koalition noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden soll.

Die Finanzausgleichslage steigt aufgrund der Rekordeinnahmen des Basisjahres 2006 in 2008 auf den Höchstsatz von 32% (Vorjahr: 27,32%). Wir gehören damit zu den wenigen Städten und Gemeinden (81 von 1.110 Kommunen in Baden-Württemberg - das sind ca. 7%), die aus dem Finanzausgleich keine Zahlungen in Form von Schlüsselzuweisungen erhalten. Darauf können wir stolz sein! Entsprechend dem Haushaltsentwurf des Landkreises soll der Hebesatz für die Kreisumlage ab dem Jahr 2008 auf 28,4% Punkte gesenkt werden. Wir haben unserer Planung eine Reduzierung von 29,8 auf 29,0% Punkten zu Grunde gelegt. Nach unserer Einschätzung ist

hier noch weiterer Spielraum nach unten gegeben, weil die höheren Steuereinnahmen entsprechend den Mechanismen im Finanzausgleich zeitversetzt auch beim Landkreis ankommen.

Getragen vom anhaltenden Erfolg unserer Unternehmen leistet die Stadt Biberach mit den hohen Gewerbesteuermehreinnahmen des Jahres 2006 einen ganz wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Steuerkraftsumme des Landkreises. Als Folge der Rekorderinnahmen des Jahres 2006, erhöht sich die Kreisumlage, trotz des niedrigeren Umlagesatzes, auf rund 27,14 Mio. € (VJ 13,46 Mio. €).

Der Gewerbesteuerumlagesatz soll durch das Unternehmensteuerreformgesetz ab dem Jahr 2008 um 8% Punkte auf 65% Punkte gesenkt werden, um dann in den darauf folgenden zwei Jahren jeweils um 2% Punkte wieder zu steigen. Somit verbleiben im Planjahr von 60 Mio. € Gewerbesteuer nach Abzug der Umlage noch 48,18 Mio. € netto. Gegenüber der Finanzplanung bringt diese Reduzierung von ursprünglich kalkulierten 73% Punkten auf nunmehr 65% Punkte eine Entlastung von rund 1,45 Mio. € auf der Basis von 60 Mio. €. Bei den Gewerbesteuererwartungen bis 2011 liegt die Annahme zu Grunde, dass kommunale Steuerersenkungen unterbleiben und die ab 2008 geltende Unternehmensteuerreform die Einnahmeerwartungen kurzfristig reduziert, jedoch nicht gravierend verändert. Gleichzeitig wurde weiter eine anhaltend gute Entwicklung der Biberacher Betriebe unterstellt. Damit sind auch in den nächsten Jahren die Erwartungen bei der Gewerbesteuer sehr hoch und damit gleichzeitig auch das Risiko. Auch bei den anderen Steuereinnahmen wurde ein Anwachsen und damit eine weiter anhaltend positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung angenommen.

Auf der Umlagenseite sind wir davon ausgegangen, dass keine zusätzlichen Belastungen, über die bisher bereits bekannten hinaus, auf die Kommunen zukommen werden. Bei den Umlagesätzen haben wir eine Stabilität bis 2011 unterstellt, obwohl wir bei der Kreisumlage noch Spielraum nach unten sehen. Zum Schluss bleibt mir noch Dank zu sagen, an den Oberbürgermeister sowie die Dezernenten, die durch die konstruktiven Gespräche zu effektiven hausinternen Beratungen beigetragen haben. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für die alljährliche, termingerechte Erstellung der Haushaltspläne, die eine besondere Herausforderung darstellt. Außerdem möchte ich an dieser Stelle auch noch die besten Genesungswünsche an Herrn Wersch aussprechen. Und nun freue ich mich auf die gemeinsamen Beratungen in den nächsten Wochen und bin gespannt auf Ihre Anträge.“ (Applaus)

Anschließend bezieht StR Dullenkopf für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung: „Verehrte Anwesende, vermutlich wird während dieser Sitzung noch öfters vom problemlosen Haushalt 2008 die Rede sein. Tatsächlich werden alle die Dinge weitergeführt, die in 2007 beziehungsweise in den Jahren zuvor schon auf den Weg gebracht worden sind. Die einzige größere Ausnahme bildet eigentlich nur die Dollinger Realschule und hier ist wohl noch nichts abschließend entschieden. Bei den anderen Schulen sind, ob im Rahmen von IZBB oder auch ohne dass sie in diesem Programm sind, die Maßnahmen vorgesehen, die schon im letzten Haushaltsplan vorgesehen waren. Wo für uns erkennbar im letzten Plan bisher Vorgesehenes offensichtlich „geschoben“ werden soll, werden wir dieses in den Beratungen hinterfragen. Bei der Analyse der Zahlen im HHPL fällt auf, dass der Vermögenshaushalt und insbesondere auch der Verwaltungshaushalt deutlich wachsen. Und dabei trägt die Gewerbesteuer nichts hierzu bei. Die Annahme mit 60 Mio. € ist da sehr vorsichtig geschätzt, um es diplomatisch anzusprechen. Während in den vergangenen Jahren bezüglich der Erwartungen für die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen immer eine gewisse Skepsis mit-schwang, geht auch die Verwaltung nun eher davon aus, dass wir mit einer großen Gewissheit von bleibend hohen Einnahmen ausgehen dürfen. Trotz der Unternehmenssteuerreform. Die Folgen der hohen Einnahmen kennen wir alle: Die hohen Umlagen, die sich daraus ergeben. Allein

für die Finanzausgleichsumlage, die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage sind im Jahr 2008 immerhin fast 68 Mio. € fällig. Gut, dass wir dafür 2006 die entsprechenden Rücklagen im Vermögenshaushalt gebildet haben. Im aktuellen Haushaltsplan für 2007 war prognostiziert worden, dass die Rücklagen am 31.12.07 – 51.592.080 € betragen würden. Tatsächlich werden es zum Jahresende über 85 Mio. € sein und trotz der Rücklagenentnahme werden für Ende 2008 über 61 Mio. € in der Rücklage erwartet. Diese gute Haushaltslage darf uns aber nicht dazu verleiten, alles was wünschenswert ist im Haushaltsplan zu dotieren. So werden wir den Stellenplan genau unter die Lupe nehmen. Schon unter dem Jahr haben wir Entscheidungen getroffen, die zu einer Steigerung geführt haben – und ich meine da nicht die Stellenzuwächse bei Kindertagesstätte und Kindergärten, die hier im Gemeinderat nie kontrovers diskutiert wurden - , und nun sind im Stellenplan weitere Hebungen und Neustellen ausgewiesen. Im Hauptausschuss werden wir dieses mit Sicherheit nicht nur „abnicken“. Im Dezember 2005, für den Haushalt 2006, hat die CDU-Fraktion dem Antrag der Grünen zugestimmt, die Steigerung der sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben auf maximal 2% zu begrenzen. Ich hatte damals für die Fraktion erklärt, dass wir bei den jährlichen Haushaltsberatungen jedes mal neu über eine eventuelle Steigerung beraten müssten. Nun, die Kosten für Strom und Öl sind in den letzten 2 Jahren überproportional gegenüber anderen Kosten gestiegen. Dies rechtfertigt aber wohl kaum eine Steigerung von 16,2 Mio. € auf 17,5 Mio. € im Jahr. Also eine Steigerung um 1,3 Mio. €. Im Vermögenshaushalt werden die Bauausgaben abgebildet. Über 12 Mio. € – mehr als 1 Mio. € mehr als im Jahr 2007 – werden hier angesetzt und dabei sind solche Maßnahmen wie die Sanierung der Stadthallentiefgarage und der Neubau des Hallenbades überhaupt nicht beinhaltet Diese werden ja von den Stadtwerken bewältigt und erscheinen im Haushaltsplan andeutungsweise nur dadurch, dass sie mit einer erhöhten Rücklagenzuführung erwähnt werden. Die CDU-Fraktion bezweifelt, dass die dort angeführten knapp über 6 Mio. € ausreichen werden, um die zusätzlichen Vorhaben der Stadtwerke zu bewältigen. Im Vollzug des Gemeinderatsbeschlusses aus dem Jahr 2005, wonach die Stadt den Stadtwerken den Unterschied zwischen Hallenbadsanierungskosten und Neubauskosten zu bezahlen hat, wird ja auch noch ein Betrag von vermutlich - insgesamt allein dafür – mehr als 6 Mio. € fällig.

Bei den Straßenbaumaßnahmen ist uns unter anderem aufgefallen, dass der Ausbau der Verbindung Mettenberger Straße zur Ulmer Straße wieder geschoben wurde. Ein Baubeginn in 2011 ist deutlich zu spät. Die Entlastung der Kreuzung beim Zweigart und die Abfahrmöglichkeit für die Bewohner des Baugebietes Talfeld muss unserer Meinung nach 2009 in Angriff genommen werden.

Was die Entwicklung der schon angesprochenen Realschule angeht, hoffen wir, dass möglichst schnell entschieden wird, was nun passiert. Wir machen kein Hehl daraus, dass wir für einen Neubau der Schule sind. Auf der einen Seite könnten die Realschüler möglicherweise von der neuen Infrastruktur der Gymnasien profitieren und auf der anderen Seite hätte die Hochschule die wohl nicht mehr wiederkommende Chance, sich am Hauptstandort zu konzentrieren und so zu erweitern, dass sie dann weiter eine positive Entwicklung nehmen kann. Zur Hochschule gehört ein Campus. Auf dem Gesamtareal könnte so etwas entstehen. Wenn das stimmt, was vor ein paar Tagen in der Zeitung stand, dass manche erst jetzt feststellen, dass wir ein Sportplatzproblem haben, dann stelle ich für unsere Fraktion fest, dass wir das schon lange wissen und dass wir darauf setzen, dass wir auf eine Entspannung hoffen, wenn in der Pufferzone zwischen Flugplatzgewerbegebiet und Wohngebiet Sportplätze entstehen. Ein weiterer Kunstrasenplatz würde auch von unserer Fraktion begrüßt. Übrigens sind die gleichen Klagen, wie im fraglichen Artikel aufgezählt, auch im Hallensport zu hören. Im Bereich der Baumaßnahmen weisen wir noch da-

raufhin, dass wir einen Antrag gestellt haben, bei den als notwendig erkannten energetischen Außensanierungen beim WG zu beginnen.

Wie immer in den letzten Jahren wird in den Beratungen der Bereich der Kinderbetreuung einen großen Raum einnehmen. Mit Entscheidungen während des Jahres 2007 haben wir schon Schritte in die richtige Richtung unternommen. Stichworte hierzu: Veränderungen an einigen Kindergärten bei den Öffnungszeiten, beim Zugangsalter, beim Stellenschlüssel, bei der Sprachförderung.. Alles Veränderungen, die daraufhin beobachtet werden müssen, wie sie sich entwickeln und was noch ergänzt, erweitert, verbessert werden muss. In den Beratungen im Hauptausschuss werden wir hierzu noch Vorschläge machen. Sicher ist, dass wir auch in der Zukunft dort in Qualität investieren werden und das heißt konkret, dass Geld in die Hand genommen werden muss. Was uns in der Fraktion zu diesem Bereich noch fehlt und was wir beantragen, dass es gemacht wird, ist ein Kleinkinderbedarfsplan. Sicher haben wir mit den angebotenen Krippeplätzen beim Hospital und im „Kinderhäusle“ ein für Baden-Württemberg überdurchschnittlich gutes Angebot und sicher bieten verschiedene Andere - insbesondere der Tagesmütterverein – viele Betreuungsmöglichkeiten an, aber wie viele tatsächlich benötigt werden, wie hoch der Bedarf wirklich ist, das wissen wir nicht. Wir können uns nicht auf den Standpunkt zurückziehen, dass es reicht, die Eltern zu unterstützen, die die Kinderkrippen in Anspruch nehmen. Es gibt eben Lebenssituationen, die andere Betreuungsformen erforderlich machen, zum Beispiel weil am Abend oder in der Nacht gearbeitet werden muss. Personen, die solche Kinder länger abends oder über die Nacht professionelle Betreuung anbieten, sind wichtig und müssen unterstützt werden. Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen wird immer mehr Aufwand erforderlich machen. Wir beobachten in diesem Zusammenhang, wo ja häufig auch Vergütungen erfolgen, einen immer stärkeren Wildwuchs. Am 10.11.07 zum Beispiel war eine Anzeige einer Biberacher Schule in der Schwäbischen Zeitung, in der für die Mittagessenausgabe eine Hilfskraft auf der Basis des TVÖD gesucht wurde. Für Hausaufgabenbetreuung werden 15 €, für Bücherausgabe in der Schule 5 € bezahlt und an einer anderen Schule ist es wieder anders. Hier muss eine einheitliche Regelung geschaffen werden, wobei wir als CDU-Fraktion nicht unbedingt wollen, dass wir das im Detail im Gemeinderat regeln. Ich komme auf den Vorschlag zurück, den ich hier schon einmal gemacht habe, nämlich jeder Schule, die solch einen Betreuungsaufwand hat, zum Beispiel nach einem Schülerschlüssel einen bestimmten Betrag zur Verfügung zu stellen, mit dem sie dann arbeiten können. Die Höhe für die verschiedenen Tätigkeiten sollten aber untereinander abgesprochen sein.

Zum Stellenplan und zum Haushaltsplan haben wir bei unserer Klausurtagung am 10.11.07 über 30 Anträge und 14 Anfragen formuliert. Wir werden diese in den Ausschüssen zur Abstimmung stellen beziehungsweise abarbeiten. Dabei werden wir sicher auch Anträgen anderer Gruppierungen zustimmen, wenn wir es für richtig halten. Als Beispiel dafür, dass solch eine Zustimmung eben auch vom Zeitpunkt abhängig sein kann, folgendes: Bei den Haushaltsberatungen im Dezember 2004 lehnten wir die Freiraumgestaltung am Ulmer Tor ab. Es sollten hierfür 135.000 € ausgegeben werden. Das war uns als wünschenswerte und nicht notwendige Ausgabe zu teuer. Bei einem Haushalt in dem es uns zu teuer war, für 50.000 € neue Stühle für den Ratssaal zu genehmigen. Heute ist die Einnahmesituation für die Stadt eine wesentlich andere, sind die Kosten für die Umgestaltung nur noch 115.000 € und soll auf der anderen Seite ein Kunstwerk aufgestellt werden. Somit haben wir eine Situation, in der wir einem entsprechenden Antrag zustimmen werden.

Wir wollen im Übrigen einen Antrag einbringen, der der Stadt Geld kosten wird, der es aber möglich machen kann, einen Schandfleck in Biberach zu beseitigen. Ich spreche vom „Roten Bau“ in

seinem jetzigen Zustand. Die letzten über 20 Jahre haben gezeigt, dass eine wirtschaftlich vertretbare Nutzung durch den Spital nicht erfolgen kann. Eine zweckgebundene Spende an die Stiftung würde sie in die Lage versetzen, eine Nutzung, zum Beispiel als ein Wohngebäude mit kleinen Wohneinheiten, so anzubieten, dass sie mit marktgerechten Mieten und somit stiftungskonform handeln könnte. Wir vermuten, dass der Zuschuss dafür ca. 1 Mio. € betragen müsste. Als vorletzten Punkt eine Aussage zu den Grundsteuern A und B, sowie zur Gewerbesteuer. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass alle Hebesätze jeweils um 10% Punkte gesenkt werden sollen. 1998 sind die Grundsteuer A um 60% Punkte, die Grundsteuer B 1994 um 30% Punkte erhöht werden. Beide Steuern wurden 2006 nur um 20% Punkte gesenkt. Schon deshalb ist die Senkung – jetzt, wo wir auf einem soviel höheren Einnahmenniveau sind - gerechtfertigt. Durch die Senkung bei der Gewerbesteuer entlasten wir die Steuer zahlenden Betriebe und somit auch die Beschäftigten, wenn dieses bei den meisten auch eher etwas Symbolisches ist. Zum Schluss unser Dank an Frau Leonhardt, Herrn EBM Wersch und an alle, die an der Aufstellung und der sehr übersichtlichen Darstellung dieses Haushaltsplanes mitgewirkt haben.“

Es wird applaudiert.

Für die SPD-Fraktion bezieht StRin Kübler mit folgenden Worten Stellung: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der erste Eindruck und die ersten Stellungnahmen nach Erhalt des Haushaltplanentwurfes in der Fraktion lauteten, verkürzt wiedergegeben: „ein unproblematischer Haushalt. Gut dargestellt, gut handelbar. Gute Haushaltslage, Verhalten in den Ausgaben, Haushalt geordnet. Verfügbare Finanzmasse bietet Platz für Visionen. Die Zeit ist reif, um Prioritäten zu setzen.“ Ich denke, sehr geehrte Frau Leonhardt, diese genannten Eigenschaften sollten Sie als ein großes Lob für Ihre gute Arbeit ansehen und annehmen. Vielen Dank dafür. Von der besonders erfreulichen allgemeinen Entwicklung der Gewerbesteuer profitiert die Stadt Biberach überproportional. Aber auch der Landkreis, wie wir es eben von Herrn Oberbürgermeister hörten. 65 Mio. € an Einnahmen durch die Kreisumlage, davon allein nur von der Stadt Biberach 27 Mio. €. Eine stattliche Summe! Ich hoffe, wir sind im Kreis lobend erwähnt worden. Die hohen Gewerbesteuereinnahmen sind das Ergebnis einer großartigen Unternehmerpolitik in unserer Stadt. Weitere strategische Investitionen am Standort Biberach sind an vielen Stellen zu beobachten. Solche Meldungen lassen natürlich ein Gemeinderatsherz höher schlagen, denn die Gestaltungsmöglichkeiten nehmen eine ganz andere Qualität an. Der damit verbundenen steigenden Verantwortung der nachhaltigen Haushaltsführung sind wir uns durchaus bewusst. Die Entwicklung zeigt aber auch, dass es geradezu fatal für unsere Stadt gewesen wäre, wenn sich CDU und FDP mit ihrem Vorschlag, die Gewerbesteuer gänzlich abzuschaffen, oder durch eine Änderung diese in eine reine Ertragssteuer umzuwandeln, durchgesetzt hätten. Was nun die Veränderungen im Rahmen des Unternehmenssteuerreformgesetzes ab 2008 mit sich bringen, ist abzuwarten. Diese Ungewissheit, aber auch als ein Zeichen von Verlässlichkeit gegenüber der Wirtschaft, lässt uns für 2008 Zurückhaltung üben in der Senkung der Hebesätze. Ein wichtiges Kriterium für die Planungssicherheit sind nun mal stabile Abgabesätze. Immerhin liegen diese noch unter den durchschnittlichen Hebesätzen bei Städten in vergleichbarer Größenordnung. Positiv herauszustellen ist, dass trotz der Vielfalt von Investitionen, die zwischenzeitlich angestoßen wurden und auch noch in der Pipeline hängen, im Moment keine Kreditaufnahmen nötig sind.

Was die Besonderheit dieses Haushaltsplanes ausmacht, ist die Tatsache, dass der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen werden kann, so dass hier unüblicherweise eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt erforderlich ist. Ich denke, dies ist für einen Außenstehenden nur schwer vermittelbar, denn im privaten Haushalt führen Mehreinnahmen nicht zu einem Minusergebnis,

es sei denn ich habe höhere Verpflichtungen wie Einnahmen. Und genau das ist eben der Punkt. Der Verwaltungshaushalt hat höhere Ausgaben, denn Berechnungsgrundlage für die Umlagen, die an Land und Kreis abgeführt werden müssen, sind die außerordentlich hohen Gewerbesteuer-einnahmen aus dem Jahr 2006. Dazu kommt, dass sich die Umlagensätze in den letzten Jahren stetig erhöht haben und die Stadt aufgrund der Rekordeinnahmen keine Schlüsselzuweisungen mehr erhält. Und weil dies alles bekannt war, hatten hier Gemeinderat und Verwaltung bereits im letzten Jahr Rücklagen für eine Risikovorsorge getroffen, so dass dieser Vorgang nicht zu hoch bewertet werden sollte. Auch müssen die Eckdaten im Haushaltsplan nach oben korrigiert werden. Denn die im Herbst gemeldeten Mehreinnahmen in der Gewerbesteuer von rund 20 Mio.€, sind im Plan noch nicht berücksichtigt, der Landkreis hat eine Senkung des Kreisumlagesatzes von 1,4% angekündigt. Im Plan sind 0,8% veranschlagt. Das bedeutet ca. 600.000 € an Einsparungen. Und die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages liegt auch um 0,6 Prozentpunkte höher, als im Plan berücksichtigt, was zu einer Entlastung der Personalkosten führt.

Zur Problematik höhere Belastungen im Verwaltungshaushalt kann ich mir eine Bemerkung aber nicht verkneifen. Die Landesregierung ist nicht ganz unschuldig daran. Wir sind es zwar zwischenzeitlich schon gewohnt, dass das Land Projekte anstößt, sich dann aber galant wieder zurückzieht, um die weitere Finanzierung der Kommune zu überlassen. Die Konnexitätsregelung in der Landesverfassung aber besagt, dass bei Aufgabenübertragungen auf die Kommunen das Land den Kommunen die damit verbundenen Mehrkosten erstatten muss. Ein Beispiel ist der Rückzug der Landesregierung aus der Mitfinanzierung der Schulsozialarbeit. Diese wurde ursprünglich mit einer Landesförderung angestoßen. Der Einsatz der Schulsozialarbeit ist aber an vielen Schulen heute notwendiger denn je und für einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb unabdingbar. Eine faire Lastenteilung bei den Betreuungsangeboten an den Schulen und beim Ausbau der Ganztages-schulen können wir auch noch nicht erkennen. Jugendbegleiter können in vielen Fällen hilfreich und sinnvoll sein. Sie sollten aber immer nur eine Ergänzung und Bereicherung für schulische Angebote sein. Die Kommunalisierung der Kindergartenförderung ist auch ein plastisches Beispiel dafür, dass diese Verfassungsbestimmung leider völlig unzureichend ist, denn die Ausweitung bestehender Aufgaben umfasst sie nicht. Die Kommune erhält eine auf Basis von 2002 gedeckelte Pauschale im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes. Qualitätsverbesserungen, wie verlängerte Öffnungszeiten, Ganztagesbetreuung, Öffnung für Kinder unter 3 Jahren, die Erhöhung des Fachkräfteschlüssel zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben wie Sprachförderung usw. sind allein von der Kommune zu finanzieren.

Nun zurück zum Haushaltsplanentwurf 2008. Standen die letzten Haushalte im Zeichen der Haushaltskonsolidierung, begleitet von der Stärkung der Bereiche Betreuung und Bildung, aber auch der Rücklagenbildung und Rückstellungen, so stehen für die SPD-Fraktion für 2008 folgende Ziele im Vordergrund:

1. Personalentwicklung im Bereich der vhs und der Sicherheit
2. Förderung der Jugend und des Sports
3. Stadtentwicklung
4. Kommunaler Wohnungsbau
5. Energieeffizienz

Zu diesen Punkten haben wir Anträge bzw. Prüfungsaufträge formuliert, die ich hier kurz erläutern möchte. Die Ressource Personal ist in einer Verwaltung ein wichtiger Baustein. Qualität und Motivation werden von den Mitarbeitern gefordert. Doch dazu sind Zufriedenheit am Arbeitsplatz und gerechte Entlohnung unerlässlich. Unser Antrag, die bereits beschlossene Bürgerinformati-

onszentrale nicht weiter hinauszuzögern, sondern mit dem Umbau schnellstens zu beginnen, um neben einem angemessenen Erscheinungsbild auch einen akzeptablen Arbeitsplatz bieten zu können, ist ein Aspekt. Mit der Absenkung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes mussten die im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitarbeiter in den letzten Jahren gravierende Einschnitte in Kauf nehmen. Der sichere Arbeitsplatz, der an dieser Stelle immer gerne genannt wird, hat aufgrund der zunehmenden Zeitarbeitsverträge an Bedeutung verloren. Weiterer Stellenabbau und Aufgabenhäufung auf Einzelne kann deshalb nicht der richtige Weg sein. Ein Beispiel ist die Volkshochschule. Wir haben ja bereits im Rahmen des Weiterbildungsberichtes angekündigt, dass wir die Wiederbesetzung der Amtsleiterstelle für die vhs fordern. Der Antrag wurde von uns auch gestellt. Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2004 wurden verschiedene Stellen mit dem Vermerk „künftig wegfallend“ gekennzeichnet. Nun steht im Vollzugsdienst eine Stelle an, die aufgrund dieses Vermerks nicht mehr besetzt werden soll. Wir haben 2004 zwar zugestimmt, doch schätzen wir heute die Situation in diesem Bereich etwas anders ein. Die verlagerten Jugendaktivitäten in die Abend- und Nachtstunden, die Durchsetzung gesetzlicher Neuregelungen, die erweiterten Aufgaben, hier nur das Stichwort „Rote Karte“, die Unterstützung des Präsenzdienstes zur Förderung des subjektiven Sicherheitsgefühls, aber auch die aus der Bevölkerung geforderten vermehrten Geschwindigkeitsmessungen, erfordern eine Verstärkung im Vollzugsdienst. Daher beantragen wir eine Wiederbesetzung dieser Stelle.

Auch fordern wir die Verwaltung auf, Zeitverträge nicht unendlich zu verlängern. Zum neunten Mal mit einer Mitarbeiterin einen Zeitvertrag abzuschließen, finden wir nicht in Ordnung. Ein Anrecht auf Planungssicherheit haben auch bewährte Mitarbeiter und deren Familien. Das Thema Sicherheit hat in der letzten Zeit hier in der Stadt an Brisanz zugenommen. Die wachsenden Herausforderungen im Bereich Jugendschutz und Jugendkriminalität, aber auch der dynamische Prozess in der Schul- und Stadtentwicklung, nicht zu vergessen die Herausforderungen im Bereich der älteren Gesellschaft, stellen uns vor immer neue schwierigere Aufgaben. Deshalb fordern wir, auf der städtischen Ebene eine Lenkungsgruppe Kommunale Kriminalprävention einzurichten. Zur Sicherheit gehört für uns auch der Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen von Straßen, Wegen, Plätzen. Hier die Finanzmittel um 2,7% zu kürzen, können wir nicht nachvollziehen. Denn Kostensteigerungen im Baubereich bekommen wir bei jeder Vorlage als Argument für die Mehrausgaben genannt. Einen Qualitätsverlust in diesem Bereich nehmen wir nicht hin.

Die Gesamtkreuzung Ulmer Straße/Memminger Straße/Bergerhauser Straße möchten wir prüfen lassen, ob mit einer baulichen Umgestaltung das Ziel einer optimalen verkehrstechnischen Lösung für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer erreicht werden kann. Weitere Anträge haben wir im Bereich Jugend gestellt. Trotz guter Angebote im Jugendbereich, die es in unserer Stadt gibt, müssen wir feststellen, dass sich vermehrt verschiedene Jugendgruppierungen, die nicht unproblematisch sind, auf der Straße aufhalten. Deshalb wird der Ruf nach Streetworkern immer lauter. Sicher, uns kann entgegengehalten werden, dass durch den Einsatz des Präsenzdienstes schon das Nötige in die Wege geleitet wurde. Wir sind jedoch der Meinung, dass wir damit eventuell kurzfristig den Missstand, aber nicht das Problem lösen. Streetworker haben einen ganz anderen Ansatz. Und dieser sollte uns aufgezeigt werden. Unser Antrag lautet daher, den Verein Jugend Aktiv zu beauftragen, ein Konzept zu erstellen, das die Aufgaben und Bedingungen für einen Einsatz eines Streetworkers darstellt. Eine Aufgabenerweiterung des Vereins Jugend Aktiv erfordert allerdings zusätzlichen Personaleinsatz. Was wiederum für die Stadt auch einen höheren Zuschuss bedeutet. Eben für diese Entscheidung wird dieses Konzept benötigt. Als Motivationsanschub für die Arbeitsgruppe Jugendräume verstehen wir unseren Antrag für das Haus der Jugend und des Sportes. Eine Planungsrate zur Realisierung des zu erwartenden Ergebnisses der Arbeitsgruppe Jugendräume soll eingestellt werden. Unsere Anträge zur Förderung des Sports wollen wir

so verstanden wissen, dass wir aufgrund des seit drei Jahren zugesagten Sportstätten-situationsberichtes, es nicht mehr hinnehmen, dringend anstehende Maßnahmen weiter hinaus zu schieben.

An das neue Gewerbegebiet am Flugplatz grenzen die Stadtteile Gaisental, Fünf Linden und Weißes Bild mit über 7000 Einwohnern an. Dort fehlt es immer noch an ausreichend gemeinwesenorientierter Arbeit, damit meinen wir zum Beispiel eine ausreichende Vereinsstruktur, die auch in diesen Stadtteilen zuhause ist. Daneben haben wir drei Fußballvereine mit allein schon 400 Jugendlichen, die aufgrund der Platzenge keine ordentliche Vereinsarbeit mehr leisten können, was übrigens mit einer Sozialarbeit vergleichbar ist. In den Wintermonaten verschlimmert sich diese Situation aufgrund von Platzsperren. Deshalb fordern wir einen Kunstrasenplatz, Übungsfelder, Bolzplatz, Basketballplatz, Vereinsräume, die als Schulungs-, Lager- und Umkleieräume genutzt werden können. Die Planung, was bei den Anlagen auf der bestehenden Sportmeile oder im Gewerbegebiet Flugplatz realisierbar ist, muss schnellstens auf den Weg gebracht werden. Mit diesen Maßnahmen könnte für diesen Stadtteil übrigens ganz nebenbei Präventions- und Integrationsarbeit geleistet werden. Auch wollen wir mit diesen Anträgen dem Anspruch auf eine architektonische und ökologische Qualität beim Erwerb großer Flächen zur Realisierung von Bau- und Gewerbegebieten gerecht werden. Der Antrag auf Einstieg in den kommunalen Geschosswohnungsbau ist für die SPD-Fraktion von ganz besonderer Bedeutung. Denn in diesem Bereich findet derzeit ein harter Verdrängungswettbewerb statt. Aus den vielen Gesprächen, die wir mit Bürgern unserer Stadt geführt haben, sind fehlende bezahlbare Mietwohnungen vor allem für Familien und soziale Randgruppen das herausragende Thema gewesen. Wir sehen diesen Einstieg als eine Aufgabe der Daseinsvorsorge an mit der Möglichkeit, durch intelligente Lösungen auch die bauliche Entwicklung zu steuern, die derzeit in unserer Stadt sehr kontrovers diskutiert wird.

Der letzte Bereich befasst sich mit der Energie, der Energieeffizienz und dem Klimaschutz. Die Energiepreise steigen an und somit auch die Bewirtschaftungskosten. Die für 2008 geplanten 1,3 Mio. € allein nur für die Heizungskosten, sind schon beachtlich. Experten sprechen davon, dass wir heute erst am Anfang einer Energieverteuerung stehen. Die Landesregierung hat gerade in diesem Monat ihr erstes Erneuerbares-Wärme-Gesetz beschlossen. Es enthält Vorgaben zum Beispiel für den Gebäudebestand, dass ab 2010 ein Anteil regenerativer Energien von 10% vorgeschrieben ist. Der neueste Klimaschutzbericht spricht deutliche Worte und enthält schockierende Aussagen. Was bedeutet das alles für die Stadt Biberach? Wir sind der Meinung, dass wir in diesem Bereich nichts mehr auf die lange Bank schieben dürfen. Mutige Entscheidungen sind gefragt. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien darf nicht mehr ausgebremst werden, sondern muss mit allen Kräften gefördert werden. Deshalb beantragen wir eine Klimaschutzkonzeption, die uns eine Bestandsaufnahme aller klimaorientierten Maßnahmen, die die Stadt heute schon betreibt, darlegt, sowie deren aktuelle Bewertung. Außerdem soll aufgezeigt werden, wie eine höhere Effizienz im CO₂-Bereich erzielt werden kann. Der Handlungsbedarf muss schnellstens aufgezeigt werden, damit wir die richtigen Schritte einleiten können. Unter diesem Aspekt ist auch das neue Baugebiet Talfeld zukunftsweisend aufzustellen. Wir fordern hier ein ganzheitliches Energiekonzept. Denn wir dürfen nicht sehenden Auges zulassen, dass Häuser, die nach dem heutigen Standard dort gebaut werden, in 10 Jahren energetisch veraltet sind. Pflichtaufgabe der Verwaltung muss es wenigstens sein, die Bauherren über aktuelle Mindeststandards für ein wirtschaftliches Bauen und über die allgemein anerkannten Erfordernisse des Klimaschutzes zu informieren. Andere Städte, wie zum Beispiel Stuttgart, informieren nicht nur, sie stellen in dieser Richtung Anforderungen auf.

Wir ziehen folgendes Fazit zu diesem Haushaltsplan: Der Stadt Biberach bieten sich aufgrund der guten Haushaltslage jetzt enorme Chancen, von denen wir noch vor drei Jahren nicht mal träumen durften. Damals sind wir in Klausur gegangen, mit dem Ziel einen Maßnahmenkatalog aufzustellen, um einen möglichen Worst case abzuwenden. Die heutige gute Ausgangslage stellt uns wieder vor große Herausforderungen, aber sie birgt auch die Verpflichtung, das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger zu tun. Diese neue Ausgangssituation wäre auch eine Klausur wert, um abseits des Alltagsgeschäftes einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten zu den vielen offenen Fragen, wie zum Beispiel:

Wie geht es im Kinderbetreuungsbereich weiter?

Was wollen wir im Jugend- und im Sportbereich verändern?

Wäre für diesen Themenkomplex eventuell ein Familienbericht hilfreich?

Wo geht es hin mit unseren Schulen?

Die Überlegungen einer neuen Schulmeile in Verbindung eines evtl. Neubaus für die Dollinger Realschule und der Erweiterung Hochschule erfordern neue Ideen in der Stadtentwicklung.

Und und und ... Es können noch viele Beispiele genannt werden. Ich bitte Sie, mal darüber nachzudenken. Vielen Dank für Ihr geduldiges Zuhören.“ (Applaus)

StR Zügel erklärt für die Freien Wähler folgendes: „Die kurze Einführung des Oberbürgermeisters zum Haushalt des Jahres 2008 entspricht den geordneten und wohlhabenden Verhältnissen unseres Gemeinwesens. Aus Sicht der Fraktion der Freien Wähler bestehen aber dennoch Aufgabengebiete, die deutlichen Handlungsbedarf durch die politisch Verantwortlichen auslösen. Diese Bereiche sind durch unsere Anträge zum Haushalt abgedeckt und werden in dieser Haushaltsrede angesprochen.

Einer davon ist das fehlende Hospiz: Im ganzen Landkreis Biberach, selbst zwischen Ulm und Ravensburg gibt es kein Hospiz, in dem die Menschen betreut und behütet, ihr Lebensende erwarten können. Ein Förderverein hat bereits Beachtliches geleistet und eine ansprechende Summe gesammelt. Landkreis, Kreissparkasse, der Hospital und die St. Elisabeth-Stiftung haben bereits Zusagen gemacht. Aber es reicht noch nicht aus, um den Betrieb eines Hospizes aus Stiftungserträgen zu finanzieren. Wir meinen, die Stadt Biberach muss dem Beispiel seiner Bürger folgen und eine Zustiftung vornehmen. Die Freien Wähler beantragen 1 Mio. € in die Stiftung zu geben, damit das Hospiz in Biberach endlich zum Laufen kommt. Dies sind wir unseren Mitmenschen schuldig, denn welche Stadt kann sich eine Zustiftung leisten, wenn nicht Biberach. Wir akzeptieren beispielsweise als politisch Verantwortliche Kostensteigerungen bei TG-Sanierungen, die ein Vielfaches ausmachen, wir beschließen Projekte mit immensen Folgekosten. Ein funktionierendes Hospiz trägt zur Lebensqualität in dieser Stadt bei, ohne Folgekosten auszulösen. Im Falle der Zustimmung zu unserem Antrag wünschen wir uns, dass der EBM und Hospitalverwalter die Gespräche mit der katholischen Kirche aufnimmt, um sicherzustellen, dass die Hospizstiftung der gelebten ökumenischen Tradition in Biberach gerecht wird und für alle Mitmenschen, gleich welcher Konfession, offen steht.

Ein anderer Bereich betrifft die Sicherheit in Biberach. In vielen Gesprächen mit dem Bürger spüren wir neuerdings, dass die gefühlte Sicherheit, das subjektive Gefühl der Sicherheit in Biberach, einen Knacks erlitten hat. Jeder wird unserer Behauptung zustimmen, dass die Kommune ihren Bürgern das Gefühl geben muss, in einer sicheren Stadt zu wohnen. Mit der Fortführung des Präsenzdienstes können Vandalismus und Müllverunreinigungen wirksam eingeschränkt werden. Dies meinen wir aber in diesem Fall nicht. Es darf nicht das Gefühl aufkommen, in einer unsicheren Stadt zu leben, ungeachtet dessen, was die Kriminalstatistik aussagt. Wir beantragen einen

gesonderten Bericht der Verwaltung zum Thema innere Sicherheit in Biberach. Diesen Bericht muss der Gemeinderat diskutieren und bewerten. Als mögliche Konsequenzen können wir uns den Einsatz von Streetworkern und verstärkte Polizeistreifen vorstellen. Für beide Maßnahmen ist unsere Fraktion auch bereit, befristet Steuergelder der Stadt Biberach auszugeben. Diesen Antrag stellen wir mündlich, da er nichts mit den städtischen Finanzen zu tun hat.

Ein anderer Bereich ist das Hallenbad. Die Stadtwerke bauen im Auftrag der Stadt ein neues Hallenbad. Kostensteigerungen ärgern bei jedem Projekt. Der Standort war in unserer Fraktion ebenso umstritten wie bei anderen. Ich persönlich stimmte gegen dieses Projekt. Aber getroffene Beschlüsse müssen nicht nur eingehalten werden, sondern der Bürger erwartet das Beste daraus zu machen. Wir halten es für Miesmacherei, wenn nachträglich ein Projekt, von dem andere Städte nur träumen können, immer wieder schlecht gemacht wird.

Zurück zum eigentlichen Haushalt: Dieser Haushalt hat ein Problem. Es drohen die Folgekosten zu explodieren. Zum ersten Mal wird in Zahlen deutlich, welche Kostenlawine der Gemeinderat bewusst mit seinen Beschlüssen beispielsweise zur Aufwertung des Schulstandortes durch die Ganztagesbetreuung, zur Verbesserung der Kiga-Situation durch die Erhöhung des Fachkräfteschlüssels und der Sprachförderung auslöst. Zusätzlich belasten hohe Sanierungskosten bei den städtischen Gebäuden und ein deutlicher Anstieg der Bewirtschaftungskosten den Haushalt. Unsere Fraktion hat dem allem zugestimmt. Aber jetzt ist die Situation erreicht, bei allen Vorhaben, die Folgekosten auslösen werden, einen Gang herunterzuschalten. Wir unterstützen die Meinung der Verwaltung, die Vorhaben wie Großsporthalle und Haus der Jugend nicht im Finanzplanungszeitraum des Haushalts aufzunehmen. Die Kontrolle über die Folgekosten darf nicht verloren gehen. Es wäre ein Leichtes für uns gewesen, einen Antrag zur Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes zu stellen. Vor dieser Entscheidung will die FW/UB-Fraktion die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform auf die Steuereinnahmen abwarten. Sollten die Auswirkungen moderat sein, dann ist es erklärtes Ziel der Freien Wähler, zumindest den Hebesatz für die Gewerbesteuer zu senken.

Der Neubau der Dollinger-Realschule hat Charme, eine Aufwertung des Schulstandortes Biberachs käme in Betracht. Nicht nur die Gymnasien, sondern eine Realschule mit über 1.000 Schülern, die laut Haushalt 2008 fast kein Defizit ausweist, würde einen Neustart erfahren. Es hängt sehr viel von den Verhandlungsergebnissen zwischen Stadt und Land um die Verwertung der Gebäude ab, ob dieser Traum zu realisieren wäre. Wenn das Geschäft aus Sicht der Stadt vertretbar ist, sollte es gemacht werden. Schließlich profitiert auch die Hochschule davon. Unsere Fraktion hat logischerweise keinen Antrag gestellt, der Folgekosten nach sich ziehen wird. Vielmehr beantragen wir wenige investive Verbesserungen, wie die abschließende Gestaltung des Ulmer-Torplatzes, die Sanierung des Gigelturms, damit möglichst vielen Bürgern und Besuchern der einmalige Blick über das Risstal ermöglicht wird, und die Renovierung der Treppenanlage zur Unterführung zum Bürgerheim. Außerdem beantragen wir einen Radweg entlang der Adenauerallee vom Parkplatz Mali-Hauptschule zur Breslaustraße, der den Schülern mehr Sicherheit in der voll geparkten Adenauerallee bietet. Zur Gegenfinanzierung kann man auf die Gestaltung der Gigelberganlage verzichten und den Kreisel an der Kreuzung Erlenweg/Wilhelm-Leger-Str. schieben, bis die Verkehrssituation sich nach dem Neubau des Hallenbades verändert und eingependelt hat. Die vhs Biberach wird seit geraumer Zeit kommissarisch durch den Kulturdezernenten gut geleitet. Trotzdem hält die FW/UB-Fraktion den Zeitpunkt für gekommen, die vhs-Leitung neu zu besetzen. Eine Weiterbildungseinrichtung wie die vhs Biberach verdient nicht nur eine eigene Leitung, sie benötigt diese um in der Konkurrenz der Weiterbildungsangebote nicht unterzugehen.

Lebensqualität in einer Stadt besteht aus vielen Elementen. Der sensible Umgang mit Neubauten und Bewahrung alter Bestände ist eines davon. Die Innenstadt ist jedoch kein Museum nach unserer Meinung. Unsere Fraktion will eine lebendige Innenstadt. Eine behutsame Weiterentwicklung ist unser Ziel. Vor über einem Jahr haben wir die Modernisierung der 30 Jahre alten Stadtbildsatzung beantragt. Sie gibt die Rahmenbedingungen für Entscheidungen vor. Wir erwarten von Baubürgermeister Ogertschnig, dass endlich ein Änderungsvorschlag bald gemacht wird und dieser nach Beschlussfassung verbindlich eingehalten wird. Dem erkrankten Dezernenten Herrn Wersch wünschen wir gute Besserung. Wir freuen uns sehr, dass sie, Herr Ogertschnig, wieder genesen sind. Wir danken allen Beteiligten für die Erstellung des Haushalt und Ihnen für die Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Für die Grünen äußert sich StR Späh wie folgt: „Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Vertreter der Presse. Das Problem das vor uns liegt ist gewaltig! Wenn die Weltgemeinschaft nicht schnell handelt, werden wir unabsehbare Folgen für das Leben auf diesem Planeten bekommen. Ich denke Sie wissen von was ich rede. Die Klimaerwärmung wurde in den letzten zehn Jahren von vielen Wissenschaftlern als ernsthaftes Problem betrachtet. Die führenden Wirtschaftsnationen haben dies aber immer als nicht bewiesene Behauptung bezeichnet. Nun hat aber der Weltklimarat, dem 300 renommierte Forscher zuarbeiten, eindeutig Stellung bezogen. Letzte Woche tagte er in Valencia und bestätigte dies eindrucksvoll in seinem Abschlußbericht. Wir schlittern in die Klimakatastrophe, wenn wir nicht massiv umsteuern. Dies wurde nun auch von der großen Politik (auch von Frau Merkel) erkannt und in „Heiligendamm“ beim G8 deutlich in die Agenda aufgenommen. Al Gore ein Mahner zu diesem Thema und der Weltklimarat haben deshalb zu Recht den diesjährigen Friedensnobelpreis bekommen, weil dieses Problem auch den Weltfrieden bedroht. Auch uns wird dieses Problem in den nächsten Jahren zu viel Umdenken in dieser Stadt zwingen. Ob einerseits durch gesetzliche Vorgaben von der EU, der Bundesregierung, die am 5. Dezember ihr Programm vorlegen wird, oder der Landesregierung. Andererseits aber auch durch eigene Einsicht in die Notwendigkeit, dass jeder Einzelne durch sein Handeln und natürlich auch die Kommunen ihren Beitrag zur Verminderung des Klimaproblemles leisten müssen.

Deshalb überschreiben wir diesen Haushalt 2008 mit der Maßgabe Nachhaltigkeit und Klimasi cherung. Wir haben dabei eine Situation, die uns Gewerbesteuererinnahmen beschert von noch nie erreichter Höhe. Das lässt uns für schlechtere Jahre vorsorgen und auch Maßnahmen angehen, die unsere Infrastruktur verbessern und absichern. Die hohen Umlagen in diesem Haushalt durch die überproportionale Gewerbesteuerhöhe vom Jahr 2006 zwingt uns aber erstmalig eine negative Zuführungsrate von 9 Mio. € an den Verwaltungshaushalt auf. Im Vorbericht zum Haushalt wird zum Jahr 2007 eine nochmalige deutliche Zunahme der Gewerbesteuer um ca. 22 Mio. € prognostiziert. Dies lässt uns verbleibende Mehreinnahmen von ca. 8,3 Mio. €. Die nächsten Jahre wird von knapp über 60 Mio. € im Durchschnitt ausgegangen. Dies lässt uns mit unserer Nullverschuldung und deutlichen Rücklagenhöhe entspannt diesen Haushalt finanzpolitisch betrachten. Wenn die Konjunktur etwas zurückgeht, können wir immer noch solide reagieren. Trotz dieser guten Einnahmesituation wenden wir uns gegen Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt. Es ist noch nicht abzusehen, wie sich die Unternehmenssteuerreform für uns auswirkt und die Folgen der geplanten Gewerbesteuerreform sind noch nicht abzuschätzen. Investitionen für eine nachhaltige Klimaverbesserung mit kommunalen Möglichkeiten werden durch diesen Haushalt damit deutlich eröffnet.

Im Verwaltungshaushalt sind die Gebühren- und Entgelteinnahmen im Rahmen der Vorjahre. Die einzelnen Kostendeckungsgrade sind dabei sehr unterschiedlich. Gleichwohl haben wir einen

guten Stand bei den Kultureinrichtungen erreicht. Die Budgetvereinbarungen sind bis Ende 2008 gültig und lassen den Einrichtungen die Freiheit, die sie zur Umsetzung ihrer Aufgaben benötigen. Der gegebene Zwischenbericht bestätigt dies. Die Schulen sind durch ihren Auftrag, sich zur Ganztageseinrichtung zu entwickeln, vielfach im Umbruch begriffen. Hier ist noch nicht deutlich, wohin die Reise geht. Auch die Verzahnung mit den anderen Bildungseinrichtungen bedarf noch einiger Anstrengung, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Die Bildung und Betreuung im Kleinkind- und Kindergartenalter ist ein gutes Stück vorangekommen. Hier konnte der AK-Kindergarten Fortschritte erzielen. Die Wegstrecke ist allerdings noch nicht zu Ende. Durch veränderte Rahmenbedingungen ändern sich auch die Situationen sehr schnell. Die demografische Veränderung, mit weniger Kindern, wird uns zeitnah zum Handeln zwingen. Durch die Einrichtung des Integrationsausschusses erwarten wir uns Impulse, wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft dauerhaft auf tragfähige Beine gestellt werden kann.

Bei den Ausgaben sind die Finanzausgleichsumlage mit ca. 30 Mio. € und die Kreisumlage mit ca. 27 Mio. € die größten Brocken und die Gewerbesteuerumlage mit ca. 12 Mio. € ein zusätzlicher großer Ausgabeposten. Diese drei Positionen ergeben fast zwei Drittel der Ausgaben im Verwaltungshaushalt. Der Personalhaushalt steigt etwas an. Dies geht aber auf Beschlüsse zurück, die bereits getroffen wurden, wie zum Beispiel die Rückführung der Reinigungsleistungen zur Stadt und die Erhöhung des Personalschlüssels in den Kindergärten pro Gruppe von 1,5 auf 1,8. Diese Beschlüsse tragen wir mit und akzeptieren hier die Erhöhungen. Weitere Stellennotwendigkeiten sind für uns plausibel dargestellt. Einzelne Fragen dazu werden wir in den Ausschüssen stellen. Die Rückstellungen bei den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen entlasten den Haushalt um ca. 790.000 €. Die deutliche Steigerung bei den Bewirtschaftungskosten im Heizungsbereich muss uns aufhorchen lassen. Bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben haben wir durch die Veränderung der IZBB-Maßnahmen ein unklares Bild über die Ausgaben. Die Einrichtung der Mensa wird uns ein wichtiges Augenmerk bleiben. Wir warten gespannt, auf die Darstellung des Caters, wie er das Essen anbietet. Wir gehen davon aus, dass er versucht hier den ökologischen Standard hoch anzusetzen, um die Akzeptanz bei den Schülern und den Eltern schnell zu bekommen. Notfalls sind wir bereit, dafür Zuschüsse zu gewähren.

Im Vermögenshaushalt fällt die hohe Summe bei den Beteiligungen auf. Durch den Hallenbadneubau, der durch zusätzliche Beschlüsse des Gremiums mehr Mittel benötigt als ursprünglich angenommen, und die teure Sanierung der Stadthallentiefgarage müssen wir bei den Stadtwerken die Beteiligung erhöhen. Durch mögliche geringere Einnahmen bei der e.wa riss GmbH kann sich diese Summe noch erhöhen.

Im Grundstückskauf investieren wir mit 6,5 Mio. € wieder in beträchtlichem Umfang. Hier sind Rückflüsse beim Verkauf in ähnlicher Höhe zu erwarten. Die Baumaßnahmen mit 12,3 Mio. € sind um ca. 1. Mio. € höher als im vergangenen Jahr. Die Schulen mit 2,7 Mio. € und die Sporthallen mit ca. 2 Mio. €. zeigen den deutlichen Trend bei Investitionen in Bildung und Betreuung. Die Sanierung der Infrastruktur mit 4,8 Mio. € in Straßen und Wasserbauwerke ist ebenfalls eine Investition, die viel Geld verbraucht. Die Sanierung der Lehmgrube als Altlast, die endlich beseitigt werden muss, kostet zwar viel Geld, bringt uns aber zur Sicherheit für unser Grundwasser einen großen Schritt nach vorne. Die Erhöhung der Bahnsteige bringt uns hoffentlich in diesem Jahr die erhoffte Verbesserung des SPNV. Dieses Trauerspiel mit der Bahn muss endlich zum Ende kommen.

In der mittelfristigen Finanzplanung ist ein möglicher Neubau der Dollinger-Realschule eingeplant. Dazu noch eine Sporthalle. Dies sind große Investitionen, die wir hier zum Zwecke der räumlichen

Zukunftssicherung der Hochschule in Angriff nehmen. Hier können wir nur auf die hochschulpolitische Verlässlichkeit des Landes hoffen.

Ich komme nun zu dem eingangs erwähnten Motto für diesen Haushalt „Nachhaltigkeit und Klimaschutz“ bei der Vorstellung unserer Anträge zurück. Durch die guten Haushaltsdaten ist es uns möglich und auch Verpflichtung zugleich, für die zukünftige Entwicklung unseren Beitrag inhaltlich und finanziell zu leisten. Wir möchten, dass die Leitung des vhs wieder eine eigenständige Amtsleitung bekommt. Herr OB Fettback hat bereits erklärt, dass eine entsprechende Voralage erstellt wurde. Nur dadurch sehen wir den wachsenden Auftrag für ein lebenslanges Lernen zukünftig in der vhs gesichert. Hier wurde an falscher Stelle gespart. Für das Hochbauamt beantragen wir eine Planerstelle, die auf fünf Jahre befristet sein soll. Dadurch sehen wir die Möglichkeit die anstehenden Aufgaben eventuell ohne Fremdvergaben zu bewältigen. Dadurch werden ebenfalls Mittel eingespart. In der Schlussbetrachtung des Vorberichtes steht, dass die Belastung und Leistungsfähigkeit des Personals berücksichtigt werden soll, wenn gute Arbeitsergebnisse erreicht werden sollen. Dies war für uns Maßgabe dieses Antrages. Durch die Veränderungen der Kinderzahlen in den nächsten Jahren, erwarten wir von der Verwaltung ein Konzept für ein umfassendes Kindergarten- und Betreuungsangebot das räumlich, personell und inhaltlich die Situation in den nächsten Jahren darstellt. Die Gaisental-Grundschule soll in einem Antrag zeitgleich mit dem Ganztagesausbau auch energetisch ertüchtigt werden. Dies bringt Vorteile für eine kürzere Bauphase und für verminderte Energiekosten. Ein weiterer Antrag fordert ein Konzept, das für die städtischen Gebäude der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten) eine energetische Sanierung fordert. Hierfür gibt der Bund im Jahr 2008 Zuschüsse von 600 Mio. €. Dieses Konzept kann auch an ein Büro vergeben werden. Ein weiterer Antrag fordert von der Verwaltung ein Konzept, wie die „Beschaffung“ möglichst energiesparend und nachhaltig erreicht werden kann. In einem weiteren Antrag, soll die Verwaltung das Gebäudemanagement beauftragen, ein Energiesparprogramm, das Wasser,- Energie- und Stromverbrauch der kommunalen Gebäude vermindern kann, zu erarbeiten. In einem weiteren Antrag fordern wir ein Konzept, das die Straßenbeleuchtungen und Beleuchtungen in Gebäuden auf LED- oder OLED-Technik zeitnah umstellt. Die Verwaltung soll außerdem ein Konzept mit der Energieagentur vorlegen, das die 20%ige Nutzung von erneuerbaren Energieformen im privaten Bereich, wie von der Landesregierung beschlossen, bei uns umsetzt. Auch muss dargestellt werden, wie ab 2010 bei Umrüstung der Altanlagen die 20% erreicht werden können. Außerdem soll die Verwaltung ein Konzept vorlegen, wie die Bürgerinformation zur Energieeinsparung umfassend verbessert werden kann. Wir fordern außerdem, das Förderprogramm Umweltschutz auf 300.000 € für private Nutzer zu erhöhen. Dies ist notwendig, nachdem die Mittel in 2007 bereits in der ersten Jahreshälfte verbraucht waren. Im zu erarbeitenden Konzept zur Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie sollen auch Maßnahmen aufgezeigt werden, wie eine Lärmverminderung im gesamten Stadtgebiet erreicht werden kann. Die Sanierung der WC-Anlage am Kirchplatz wollen wir bereits im Haushalt 2008 durchführen. Der Zustand ist nicht mehr hinnehmbar. Die Verwaltung stellt in einem weiteren geforderten Antrag dar, wo in öffentlichen Gebäuden „wasserlose Urinale und WCs“ (wie in vielen Autobahnraststätten bereits umgesetzt) eingesetzt werden können. Mit diesen Anträgen versuchen wir die kommunalen Möglichkeiten zu nutzen, um die anstehenden Herausforderungen wie eingangs beschrieben anzugehen. Haben wir den Mut unsere gute Haushaltslage in diese Zukunftsaufgabe zu lenken. Heidelberg hat es uns vorgemacht und ist damit zur Umweltstadt 2007 ernannt worden. Unser Dank geht an alle Beteiligte, die zur Planerstellung beigetragen haben, aber auch an alle Mitarbeiter die den Plan umsetzten. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“ (Applaus)

Abschließend bezieht StR Funk für die FDP mit folgender Rede Stellung: „Die FDP-Stadträte Alfred Braig und ich danken zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die

sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Im Vorbericht zum Haushaltsplan kritisieren wir die Aussage zur Gewerbesteuerreform heftig. Hier steht zu lesen: „Zu begrüßen wäre daher, wenn mit dieser Reform die Gewerbesteuer und ihre Zukunft eine längere Zeit aus der politischen Diskussion käme.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Gewerbesteuerreform bedeutet für viele Unternehmen die kalte Enteignung. Die betroffenen Unternehmen werden ins Ausland verlagern, aufhören oder vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Damit bleibt die Gewerbesteuer völlig unnötiger Weise auf der politischen Agenda. Unnötig deshalb, weil es bessere und in sich geschlossene Vorschläge zur Besteuerung der Unternehmen gibt. Wir empfehlen Ihnen dazu die Lektüre des FDP-Vorschlages, der national und international unter Fachleuten hohe Akzeptanz genießt.

Es ist uns wichtig darauf hinzuweisen, dass im Haushaltsplan viele wichtigen Positionen nicht oder nicht vollständig enthalten sind. Im einzelnen handelt es sich um:

- die Stadtwerke Biberach GmbH mit der Beteiligung an der e.wa riss, den Bädern, dem ÖPNV und den Hoch- und Tiefgaragen,
- den Eigenbetrieb Stadtentwässerung
- den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft
- Hospital mit der gemeinnützigen Bürgerheim GmbH für Seniorenarbeit und dem Pflegedienst
- der Jugendarbeit mit den Vereinen Jugend Aktiv und Lilienthal.

Im Kulturbereich wurde teilweise ein Budget beschlossen, so dass auch hier der Gemeinderat bei diesem Bereich außen vor bleibt. Ein kleiner Rückblick: Wir erinnern an dieser Stelle daran, dass wir den Haushaltsplänen 2002, 2003, 2004 und 2005 viermal hintereinander die Zustimmung versagten, weil Biberach über seine Verhältnisse lebte. Mitte des Jahres 2005 mussten wir in Klausur gehen, um die Biberacher Finanzen zu retten, gar sollten wir Steuererhöhungen auf den Weg bringen. Parallel änderte sich die Biberacher Einnahmesituation in einem Ausmaße zum Guten, wie es sich niemand vorstellen konnte. Es war kein Problem im Dezember dem Haushalt 2006 zuzustimmen.

Ein Jahr später: Die geplanten Gewerbesteuermehreinnahmen für das Jahr 2007 wollten wir wie folgt verwenden: 1/3 in die Rücklagen, 1/3 zur Substanzerhaltung, 1/3 geben wir zurück an die Bürger (Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen). Und dies am liebsten in Form von niedrigen Gas- und Strom- und Abwasserpreisen, Abgaben, Gebühren oder Steuern. Dies braucht nicht unbedingt auf direktem Wege geschehen, es kann auch auf indirektem Wege sein. Hierunter fallen auch die günstigen Parkgebühren, insbesondere freies Parken für die erste Stunde in den Tief- und Hochgaragen. Ich muss es immer wieder sagen: Dieser Vorschlag stammt von FDP-Stadträtin Christina Flemisch vor langer Zeit - daran muss man immer wieder erinnern. Bei der Eröffnung Kolesch haben Herr Eisinger oder Herr Dr. Sälzle behauptet, der Antrag stamme von StR Kolesch. Die FDP ist grundsätzlich der Auffassung, dass es besser ist, das Geld bei den Bürgern zu lassen, als es dem Staat zu geben. Wir werden im Gegenzug weiterhin jeden Euro an Steuer geldern, den wir ausgeben, genau ansehen.

Biberach befindet sich in einer sehr komfortablen Situation. Unsere Forderung, 1/3 der Steuermehreinnahmen in die Rücklagen einzustellen, wurde erfüllt. Biberach hat heute auch konsolidiert betrachtet mehr Rücklagen als Schulden. Dies muss in einer solchen Ausnahmesituation, was die Einnahmen betrifft, auch sein und muss fortgeführt werden - Frau Leonhardt hat es gesagt -, da in 20 bis 25 Jahren die Stadt alle jetzt getätigten Baumaßnahmen wieder auf einmal renovieren oder ersetzen muss. Zusätzlich haben wir gemeinsam Pensionsrückstellungen und

Rückstellungen für die Altersteilzeit von fast 28 Mio. € gebildet. Diese entlasten den Haushalt jährlich in der Größenordnung von 900.000 €.

Unsere Forderung, 1/3 der Steuermehreinnahmen zur Substanzerhaltung zu verwenden, wurde ebenfalls erfüllt und zugleich wird von der Verwaltung eine Aussage zu Haushalten, die wir früher ablehnten, verspätet voll bestätigt. Wir zitieren Seite 028 des Vorberichtes: „Für die Unterhaltung der städtischen Gebäude sollen im Planjahr 2.070.000 € aufgewendet werden (Vorjahr 1.439.000 €)“. Im Vorvorjahr waren es im übrigen 1.155.400 €. Weiter heißt es: „Die allgemeine Erhöhung der Unterhaltungsmittel für die Gebäude ist notwendig, weil sich zeigt, dass mit den bisher vorhandenen Mitteln eine angemessene Substanzerhaltung nicht gewährleistet werden kann“. Das haben wir schon vor fünf Jahren gesagt. Wir zitieren an dieser Stelle aus einem einzigen Grund, wir wollen, dass Sie sehen, dass unsere Aussagen und Berechnungen zu den Haushalten sich stets als richtig erwiesen haben. So wurden unsere Anträge im letzten Jahr zu weiteren Steuersenkungen abgelehnt und von Herrn Zügel sogar als populistisch bezeichnet. Diese Steuersenkungen hätte man 2007 aus der Portokasse bezahlen können. Wir sind gespannt, wie Herr Zügel unsere diesjährigen Anträge bezeichnen wird. Unsere Forderung, 1/3 der Steuererhöhung zurück an die Bürger finden wir auch in diesem Haushaltsentwurf nur im Schulbereich und im Kindergartenbereich wieder. Unser Verständnis für die Verwaltung, das restliche Geld behalten zu wollen, fällt bei uns nicht besonders groß aus. Ich gebe zu, dass ich es an Stelle von Frau Leonhardt auch so machen würde. Hier muss der Gemeinderat korrigierend eingreifen. Wir fordern, die Biberacher Bürger mit einer Entlastung von nicht weniger als 5 Mio. € in 2008 und 6 Mio. € in 2009 an den Steuermehreinnahmen zu beteiligen und dies auf direktem oder indirektem Wege. Hier handelt es sich um keine Steuergeschenke, sondern ganz einfach um gerechtes Teilen.

Der Bund und das Land Baden-Württemberg haben noch immer eine riesige Verschuldung und können die Bürger nicht entlasten. Der Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an. Er geht an ihnen vorbei. Biberach hat diese Verschuldung nicht mehr, Biberach kann und muss handeln. Hierzu unsere Anträge:

Wir beantragen den Hebesatz auf die Grundsteuer A um 50 Punkte auf 200 v. H. zu senken und den Hebesatz auf die Grundsteuer B um 60 Punkte auf 240 v. H. zu senken. Der Aufwand hierfür beträgt zirka 800.000,00 €. Wir beantragen den Hebesatz auf die Gewerbesteuer um 10 Punkte auf 320 v. H. zu senken. Die Mindereinnahmen werden sich auf zirka 1.820.000 Mio. € belaufen. Im Gegenzug werden alle Firmen bei Grundstücksgeschäften gleich behandelt. Wir beantragen ab 2009 Familien mit Kindern Betreuungs- und Bildungsgutscheine auszugeben. Die Verwaltung erarbeitet hierfür ein Konzept. Wir denken an folgende Rahmenbedingungen: Das Volumen soll 1 Mio. € jährlich betragen und auf 10 Jahre festgelegt werden. Dazu werden die nächsten drei Jahre Rückstellungen gebildet. Berücksichtigt werden alle Kinder bis zu einer noch festzulegenden Altersobergrenze. Die Gutscheine sind einzulösen zum Beispiel bei Kinderkrippe, Kindergärten, Stadtbücherei, vhs, Bäder, Sport- und Musikvereinen und so weiter. Wir beantragen eine Rückstellung für Altenhilfe als Risikovorsorge einzurichten. Dies ist der Gegenpart zur Familie. In diese Rückstellung wird 2008 € 1 Mio. € eingestellt. Wir glauben nicht, dass der Hospital in 20 Jahren ohne weitere Hilfe alles schultern kann. Die Stellplatzablösegebühren werden vollständig abgeschafft oder in 2008 zumindest eine Diskussion über die Abschaffung geführt. Hier handelt es sich um kein Gerechtigkeitsproblem, aber um ein Investitionshinderungsprogramm mit hohen Verwaltungskosten. Ab Januar 2008 kann in Biberach an jedem Samstag geheiratet werden. Die Aufwendungen für regenerative Energien und Klimaschutz von e.wa riss und Stadt Biberach werden nach Möglichkeit gebündelt und in einem Projekt eingesetzt, bei dem wir die höchste Effizienz erzielen. Zum Beispiel Beteiligung an einem Kraftwerk. Hierzu gibt es in 2008 eine Vorlage der

Verwaltung. Im Zweifel wird getrennt operiert. Die Verwaltung kümmert sich neben den Fahrradstellplätzen auch um den ruhenden Verkehr bei Pkws. Es wird damit begonnen, mehr öffentliche Parkplätze in den Wohngebieten zu schaffen. Wir setzen hierbei 250.000,00 € pro Jahr ein. Die Verwaltung kümmert sich ab sofort verstärkt um die Altstadtsanierung Ost. Der städtische Beitrag besteht darin, dass das Grundstück gegenüber dem Jugendtreff zumindest teilweise bebaut wird. Das Grundstück wird zum Verkauf angeboten. Wir haben jetzt genügend Stellplätze in den Hoch- und Tiefgaragen. Die Verwaltung berichtet darüber, in welchem Umfang die Stadt Biberach Tauschflächen an Grünland für zukünftige Entwicklungen hat.

Zur Begründung: Auf alle Bürgerinnen und Bürger kamen dieses Jahr massive Steuer-, Abgaben- und Preiserhöhungen zu. Wir sprechen von 3% Mehrwertsteuererhöhung, der Kürzung der Sparfreibeträge und der Kürzung der Werbungskosten für Pendler, der Erhöhung der Beiträge zu den Krankenkassen und nicht zuletzt von weiteren Erhöhungen bei den Preisen für Strom und Gas. Und genau hier verdient die Stadt Biberach enormes Geld, da sie über die Stadtwerke Biberach GmbH zu 50% an der e. wa riss beteiligt ist. Bei den Nebenkostenabrechnungen zahlten 4-Personenhaushalte mit einer 4-Zimmer-Wohnung leicht und locker über 100 € gegenüber den Vorauszahlungen nach. Nach der Grundsteuersenkung für 2006 würden diese Familien mit einer weiteren Senkung um insgesamt zirka 80,00 € entlastet werden. In der zur Zeit komfortablen finanziellen Lage Biberachs ist diese Senkung für uns wegen der hohen Energiepreise eine Selbstverständlichkeit und außerdem volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Senkung der Grundsteuer wird alle erreichen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Eigentümer und Mieter gleichermaßen. Die Finanzierung ist gesichert. Die Kreisumlage wurde am Freitag weiter gesenkt. Nach unseren Berechnungen beträgt die durchschnittliche Entlastung durch den Kreis in den nächsten Jahren 1 Mio. € pro Jahr. Dieses Jahr erhält er besonders viel durch die 2006 sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen der Stadt. Durch die eingestellten Rückstellungen steht fast eine weitere Million jährlich zur Verfügung. Im Jahr 2005 hatten wir geplante Gesamteinnahmen von 64 Mio. €, für das Jahr 2008 betragen diese geplanten Bruttoeinnahmen 110 Mio. €. Die weiteren Begründungen erfolgen in den weiteren Beratungen. Wir freuen uns riesig auf die Debatten in den Ausschüssen, insbesondere auch deshalb, weil außer den Betreuungsgutscheinen unser Programm jährlich schnell angepasst werden kann.

Zuletzt bleibt nur noch übrig Dank zu sagen. Wir bedanken uns bei allen Firmen und ihren Mitarbeitern für ihre großartigen Leistungen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Es wird applaudiert.

TOP 3	1. Feuerwehrgerätehaus/Frondienst Mettenberg 1.1 Bauliche Erweiterung sowie Umbau von bestehenden Räumlichkeiten für die Teilortfeuerwehr Mettenberg sowie den Frondienst 1.2 Neu- und Weiterbeauftragung von Fachingenieuren und Architekt 2. Rathaus Mettenberg 2.1 Außensanierung Gebäudehülle inkl. energetischer Verbesserung / erforderliche Verbesserungen für Registratur/Gemeindearchiv 2.2 Beauftragung des Architekten sowie eines Bauphysikers 2.3 Funktionale Verbesserungen im Bereich der Räume Ortsvorsteher/Sekretariat	202/2007
--------------	---	-----------------

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 202/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Ortschaftsrat Mettenberg am 13.11.07 und im Bauausschuss am 12.11.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Zu 1. Feuerwehrgerätehaus/Frondienst

- a) Der in Drucksache Nr. 202/2007 dargestellten Entwurfslösung für die Teilortfeuerwehr sowie den Frondienst wird zugestimmt.
- b) Der Kostenberechnung in Höhe von 447.700,- € wird zugestimmt.
- c) Der Realisierung des Projektes auf Basis der vorliegenden Entwurfsplanung im Jahr 2008/2009 wird zugestimmt.
- d) Der Weiterbeauftragung von Architekt Math, Mettenberg mit den Leistungsphasen 4-9 HOAI sowie den SiGe-Koordinationsleistungen wird zugestimmt.
- e) Der Beauftragung der vorgeschlagenen Fachingenieure wird zugestimmt.

Zu 2. Rathaus Mettenberg

- a) Der vorgeschlagenen Außensanierung der Gebäudehülle inkl. energetischer Verbesserung sowie den erforderlichen Verbesserungen für Registratur/Gemeindearchiv wird zugestimmt.
- b) Der dargestellten Kostenberechnung in Höhe von 132.350,- € wird zugestimmt.
- c) Den vorgeschlagenen funktionalen Verbesserungen im Bereich der Räume Ortsvorsteher/Sekretariat mit einem Kostenrahmen in Höhe von 18.000,- € wird zugestimmt.
- d) Der Beauftragung dieser Maßnahme an Architekt Math, Mettenberg wird zugestimmt.
- e) Der Beauftragung einer bauphysikalischen Beratung/Wärmeschutzberechnung an das Büro Brüssau, Fellbach wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 194/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung und erfolgte im Bauausschuss am 12.11.07. Dessen leicht abweichende Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 194/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Ogertschnig führt aus, man habe den Sachverhalt fast ein halbes Jahr lang mit den Stadtwerken beraten und diskutiert, mit dem Ziel, eine Verbesserung am westlichen Eingangsbereich zu erreichen. Er erläutert die geplanten Maßnahmen mithilfe von Folien. Man erreiche fünf Stellplätze mehr. Die Fußwegeverbindung werde geschlossen und entlang der Neubebauung „Danner“ geführt. Die Straßenbauverwaltung stimme der Lösung auch unter dem Aspekt der Nordwestumfahrung zu. Wie im Bauausschuss diskutiert untersuche man die Möglichkeit einer Fußgängerunterführung und werde hierzu im Bauausschuss berichten.

StR Kolesch führt aus, die Vorlage sei sehr überzeugend. Man investiere zusammen mit den Stadtwerken 6 Mio. €. Folgerichtig nehme man Verbesserungen am immer sichtbaren Äußeren vor und nutze die Chance für funktionale Verbesserungen und für eine bessere städtebauliche Gestaltung. Die CDU-Fraktion sei mit dem Entwurf sehr zufrieden und wolle auch lobend erwähnen, dass fünf Stellplätze mehr ermöglicht würden. Für die CDU-Fraktion sei schon immer der Wolfentalradweg mit einer Anbindung an die Innenstadt gegenüber dem Ausbau der Riedlinger Straße präferiert worden. Ein wichtiges Element stelle dabei der Neubau der Gärtnerei Danner dar. Ein Problem sei die Querung der Kolpingstraße. Mit der vorgesehenen Lösung seien keine zu großen negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss zu erwarten. Wichtig sei, dass die Straße nach dem Fußgängerüberweg wieder zweispurig werde. Diffiziler sei die Querung der Felsengartenstraße, weshalb man im Bauausschuss ein Gesamtkonzept für die Weiterführung beantragt habe. Die vorgesehene Verbesserung der Beleuchtung sei gut und man wolle damit auch nachts eine positive Eingangssituation in die Innenstadt schaffen.

StR Dr. Nuding bezeichnet eine gefahrlose Querung für Fußgänger aus Sicherheitsgründen als wichtig. Gleiches gelte für die Überdachung der Bushaltestelle.

StR Rieger signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler. Mit dem Steg werde eine beschleunigte Realisierung des Radweges zum Wolfental erwartet, wobei die Querung der B 312 zu überlegen sei. Ein Zebrastreifen könne seines Erachtens nur provisorischen Charakter haben. Man müsse aber die Auswirkungen der Nordwestumfahrung abwarten. So erforderlich müsse man die teure aber sicherere Lösung, sprich eine Unterführung wählen. Er mahnt an, den Zebrastreifen mit „Bügeln“ für Fahrradfahrer auszustatten, damit sie nicht ungebremst in die Bundesstraße einfahren würden. Variante 2 a sei auch besser, da mit dieser Lösung signalisiert werde, dass man auf einer Bundesstraße einfahre. Überdies sei die Situation schon gefährlich, da man das Rechts vor Links in der Theaterstraße beachten müsse.

StRin Brunner fände eine Unterführung eine gute Lösung, vermutet aber, dass sich diese aufgrund der vorhandenen Höhen nur knapp realisieren lasse. Sie hoffe, dass der Weg gut angenommen werde und appelliert, bei der Beleuchtung den neuesten Stand der Technik zu berücksichtigen.

StR Braig gibt zu bedenken, dass es sich aufgrund der Eigentumsverhältnisse nur um eine Teillösung für die Anbindung handle, da der Radweg an der schmalen Rampe ende. Man stimme zu und sei gespannt auf das Ergebnis der Prüfung einer Unterführung. Im Frühjahr und Herbst wäre „chronisch“ mit Überflutungen unter den Brücken zu rechnen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gestaltungsvorschlag für die Parkdeckgestaltung vom 18.10.2007 (siehe Anlage 1 zu Drucksache Nr. 194/2007), wird Grundlage der weiteren Ausführungsplanung durch das Ingenieurbüro IGF GmbH im Auftrag der Stadtwerke Biberach.**
- 2. Der zusätzlich vorgeschlagenen Wegeverbindung zwischen Braithweg und Kolpingstraße (mit Steg und Querung in der Kolpingstraße), der damit verbundenen Veränderung in der Kolpingstraße entsprechend Variante 2a sowie der Neugestaltung der Bushaltestelle wird zugestimmt.**
- 3. Die Finanzmittel zur Planung und Realisierung des Stegs zwischen Braithweg und Parkdeck, der Überdachung an der Bushaltestelle sowie der Umgestaltung im Bereich Kolpingstraße werden im HHPL 2008 bereitgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 193/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.11.07.

OB Fettback lässt wissen, Staatssekretär Köberle habe gute Realisierungschancen signalisiert.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt Biberach hält am Grundsatzbeschluss zur Vorfinanzierung der Vorplanung zum Ausbau der Südbahn trotz der veränderten Rahmenbedingungen fest.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 198/2007 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback bezieht sich auf die Berichterstattung in der Schwäbischen Zeitung nach der öffentlichen Vorberatung und stellt klar, man wisse, dass der Präsenzdienst kein Allheilmittel für alle Negativentwicklungen der Gesellschaft darstelle. Die Probleme seien bekannt und man müsse sich diesen stellen, wozu verschiedene Maßnahmen erforderlich seien. Der Präsenzdienst sei eine davon. Man investiere aber auch beispielsweise viel in Ganztagschulen, die Sprachförderung und anderes, getreu dem Motto, fördern und fordern. Letzteres bedeute beispielsweise, auf die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen wie die des Jugendschutzes zu achten.

StR Dullenkopf bemerkt, jeder sei aufgerufen, mitzuhelfen, dass ordentliche Zustände in der Stadt herrschten. Nicht jeder sei hierzu bereit und das Sicherheitsgefühl sei subjektiv. Zum Kommentar in der Schwäbischen Zeitung bemerkt er, diese habe ein Konzept erwartet und dabei die Vorlage verkannt. Wenn man die Notwendigkeit eines derartigen Konzeptes erkennen sollte, wäre nicht eine Behandlung im Hauptausschuss ausreichend, sondern der Kreistag gefordert.

StR Lemli bezeichnet es als wichtig, dass die Bürger sicher leben könnten und sich sicher fühlten. Es sei eine Zunahme der Jugendkriminalität zu beobachten, wozu auch die Medien beitrügen. Erster Schritt zur Prävention stelle die Fortführung des Präsenzdienstes dar. Der Artikel in der Schwäbischen Zeitung habe etwas verwundert, da die SPD-Fraktion sich dieser Probleme laufend annehme und hierzu Anträge stelle. Die Medien könnten sehr viel bewirken, weshalb er hoffe, dass sie auch bei dieser Aufgabe unterstützten. Im übrigen sei gute Bildungspolitik die beste Prävention.

StR Zügel meint, der Präsenzdienst sei eine adäquate Maßnahme für einen bestimmten Teilbereich. Es sei feststellbar, dass sich Bürger verstärkt beschwerten und ein höheres Sicherheitsbedürfnis hätten, was überrascht habe. Man müsse daher beachten, der Sensibilität der Bürger gerecht zu werden.

StR Späh meint ebenfalls, man müsse einen geschärften Blick auf die Situation werfen und der Präsenzdienst sei ein kleiner Baustein vor allem für ein subjektiv verbessertes Sicherheitsgefühl.

StR Funk signalisiert Zustimmung und bemerkt, auch auf die FDP seien Bürger zugekommen. Die Verwaltung sollte das Thema nach Besetzung der Leitung des Ordnungsamtes beobachten und dann mit dem Gemeinderat kommunizieren.

OB Fettback erwidert, die Situation werde ständig beobachtet und man stehe in ständigem Kontakt mit der Polizei. Die Zuständigkeit für die kommunale Kriminalprävention liege laut Innenministerium beim Landkreis. Man habe noch nicht alle bestehenden Möglichkeiten voll ausgeschöpft. Als Beispiel nennt er die Polizeiverordnung. Man könne nichtöffentlich gerne einmal mit dem neuen Leiter des Ordnungsamtes und der Polizeidirektion dieses Thema diskutieren, um an einem Strang zu ziehen.

StR Braig schildert einen Fall nach der Eröffnung der Kirchner-Ausstellung, bei dem sich eine Person mit einem Feuerlöscher auf dem Glasdach der Stadtbücherei befunden habe. Dies habe er der

Polizei gemeldet und um eine Kontrolle gebeten. In der selben Nacht sei das Glas zum Abgang der Tiefgarage Museum zerstört worden.

OB Fettback meint, hierbei handle es sich um Einzelfälle und man müsse auch die Personalausstattung der Polizeidirektion berücksichtigen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Präsenzdienst am Bahnhof und in anderen Bereichen der Stadt Biberach soll um zwei Jahre, bis zum 30.11.2009, verlängert werden. Der bisherige Überwachungsumfang soll beibehalten werden.**

- 2. Kosten von insgesamt 49.000 € werden von der Stadt Biberach übernommen und folgendermaßen bereitgestellt: Im Jahr 2007 – 2.000 €, im Jahr 2008 – 24.500 € und im Jahr 2009 – 22.500 €.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 192/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 08.11.07 und im Bauausschuss am 12.11.07.

StR Dullenkopf signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Es habe keine Diskussion zur Höhe oder sonstigen Ausgestaltungen des Kunstwerks gegeben, allenfalls zum Standort. Der Fuß- und Radweg werde nicht beeinträchtigt. Man danke der Kreissparkasse für die Aufwertung mittels dieses Kunstwerkes. Durch die Umgestaltung des gegenüberliegenden Raums sei eine Neugestaltung des gesamten Areals zu erwarten.

StRin Buttschardt bringt vor, die SPD-Fraktion begrüße die Initiative der Kreissparkasse. Die Räder seien interessant und es sei die Entscheidung des Eigentümers, wie viele, in welcher Größe und in welcher Gestaltung er aufstelle. Es sei jedoch eine Information über die letztliche Entscheidung im Bauausschuss zugesagt worden.

Auch StR Zügel stattet der Kreissparkasse namens der Freien Wähler Dank aus. Entscheidungen über Details obliege ihr. Die Freien Wähler hätten lediglich zu verstehen gegeben, dass man die Objekte ohne Farbe besser fände. Als entscheidend bezeichnet er die abschließende Neugestaltung des Bereichs.

StR Späh meint, die Stelle sei stark frequentiert und es dürfe nicht sein, dass man Fußgängern einen Slalomlauf abverlange. Er regt an, an das Kunstwerk eine Beschreibung anzubringen, die es erkläre. Die Grünen stimmten nicht einheitlich ab.

StR Funk **beantragt**, die letztliche Ausgestaltung mit dem Gemeinderat abzustimmen. Auch er dankt namens der FDP der Kreissparkasse.

Der **Antrag** wird mit 3 Ja-Stimmen (StRe Braig, Brunner, Funk), 6 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Bei 1 Enthaltung (StR Späh) fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Kunstinstallation am „Ulmer Tor“ durch die Kreissparkasse wird begrüßt.

**TOP 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Talfeld"
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und
der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Regelwerkentwurfes**

195/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 195/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.11.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Talfeld“ wird zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 884/34 Index 1 vom 25.10.2007.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 188/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 08.11.07. Dessen mehrheitliche Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 188/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Dullenkopf führt aus, Friedhof bedeute Daseinsvorsorge. Viele hätten heutzutage keine Angehörigen mehr und suchten daher die Friedhofsverwaltung um Rat auf. Ihm sei es ein Anliegen, den öffentlichen Interessenanteil Richtung 100% zu bringen. Er habe keinen entsprechenden Antrag gestellt, da er die Hoffnung habe, dass das Bewusstsein hierfür langsam wachse.

StRin Buttschardt schließt sich den Ausführungen an und bezeichnet Friedhöfe auch als Lernort für Jugendliche und Kinder. Nicht nur der Stadtfriedhof habe einen parkähnlichen Charakter, sondern dies treffe auch für die konfessionellen Friedhöfe zu. Mit der Erhöhung des öffentlichen Interessenanteils erreiche man eine minimale aber spürbare Entlastung für die Bürger.

StRin Vollmer kündigt an, die Freien Wähler lehnten die Vorlage mehrheitlich ab. Als Begründung nennt sie Verlässlichkeit, weshalb man nicht schon wieder einen Wechsel in der Gebührenpolitik vollziehen wolle. Die Bürger wünschten sich gepflegte Friedhöfe und die meisten Bürger hätten eine Sterbeversicherung und seien gerne bereit, etwas mehr hierfür auszugeben. Daher sei man für den Verwaltungsvorschlag von 25% öffentlichem Interessenanteil.

StR Späh bezeichnet den öffentlichen Interessenanteil als wichtig. Er fragt, ob dieser nur für den Stadtfriedhof gelten solle.

StR Funk findet 30% gut und meint, es müssten alle Friedhöfe einbezogen werden. Er habe im Ausschuss sogar 33% beantragt, da dies in das Konzept der FDP zur Drittelung passte. Nachdem Beitrag von StR Dullenkopf **wiederhole** er diesen **Antrag**.

Herr Brugger lässt wissen, über die Abschreibungen seien alle Friedhöfe beinhaltet, auch die in den Ortsteilen.

Der **Antrag von StR Funk** wird mit 8 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Dann fasst der Gemeinderat bei 5 Nein-Stimmen (StRe Förg, Goeth, Rieger, Vollmer, Zügel), 2 Enthaltungen (OB Fettback, StR Dr. Compter) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Der öffentliche Interessenanteil am Friedhofswesen wird von 25% auf 30% erhöht.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 204/2007 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 204/2007 beigefügten Änderung des Wirtschaftsplanes 2007 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 196/2007 zur Information vor.

Ohne Aussprache nimmt der Gemeinderat Kenntnis.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 189/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 08.11.07.

StR Dullenkopf führt aus, es seien nahezu keine Veränderungen enthalten. Die Vorlage sei gut, da sie verdeutliche, was alles laufe und wo man Beteiligungen habe. Er spricht Seite 17 und den Risikobericht an und äußert seine Verwunderung über die genannten ungewissen Folgekosten des Energiekonzepts. Die Risikobeurteilung zur Technik des alten Hallenbads teile er nicht, zumal dies schon seit 10 Jahren prognostiziert werde. Hohen Ausgaben würde er jedenfalls nicht zustimmen. Wenn diese Prognose mit der gleichen Genauigkeit erstellt worden sei, wie seiner Zeit die zur Heizung des Roten Baus, könne man guter Hoffnung sein, dass das Hallenbad bis zur Fertigstellung des Neubaus halte.

StRin Drews zeigt sich erfreut, dass die bei der letzten Beratung geforderten Verbesserungen in der Darstellung umgesetzt wurden. Neu sei auch die Aufnahme des Risikoberichts bei größeren Unternehmen. Die Stadtwerke Biberach wiesen als ein erhebliches Risiko die Sanierung der Tiefgarage Museum aus, wobei mit 6,1 Mio. € kein geringer Betrag genannt werde. Ob dieser eingehalten werden könne, werde sich zeigen. Bei den bisherigen Sanierungen seien Kostenschätzungen nicht immer eingehalten worden. Auch könne man froh sein, dass man die Verluste der Parkanlagen mit anderen Gewinnen verrechnen könne, da sonst erheblich höhere Parkgebühren verlangt werden müssten. Froh sei man über den Bilanzgewinn der Stadtwerke und die Verringerung sonst anfallender Steuerzahlungen. Sie kritisiert die vagen Aussagen zur Wohnungswirtschaftsentwicklung der Stadt. Es werde nur die Frage aufgeworfen, ob die Beteiligungen auf lange Sicht gehalten werden sollten. Es sei keine Aussage zur Wohnungswirtschaft unter kommunaler Eigenregie getroffen worden, obwohl man hierzu eine Verwaltungsvorlage gefordert habe. Sie zeigt sich überzeugt, dass Bemühungen im kommunalen Wohnungsbau verbunden mit erneuerbaren Energien zukunftsweisend sein könnten, wenn weitere Beteiligungen gefördert oder initiiert würden. Dabei könnten auch Umlandgemeinden einbezogen werden. Handlungsbedarf für Beteiligungen sieht sie auch im Bereich sozialer Einrichtungen für Ältere. Entsprechende Vorschläge erwarte man für 2008.

StR Zügel hält es für sinnvoll, im Folgejahr ein Strategiepapier zu erhalten, das auf die unterschiedlichen Beteiligungsmöglichkeiten für den Wohnungsbau eingehe. Dann müsse man den Aspekt der Renditeerwartung oder den der politischen Absichten bewerten. Anhand derartiger Aussagen könne der Gemeinderat dann langfristig entscheiden, ob Beteiligungen verändert werden sollten.

StR Späh bezeichnet den Beteiligungsbericht als wichtige Bürgerinformation. Interessant seien die Risikobewertung der Stadtwerke Biberach auf Seite 17 sowie die Geschäftsergebnisse der e.wa riss GmbH auf Seite 19. Nicht erschlossen habe sich ihm, warum man am Zweckverband Wegebaugemeinschaft Albrand festhalte. Er fände eine Stärkung der Energieagentur sinnvoller.

StR Funk findet es positiv, einmal jährlich zu sehen, welche Beteiligungen man habe und wie wenig man sich mit ihnen beschäftige. Seines Erachtens könnte man sich beispielsweise öfters mit der 100%-Beteiligung Stadtwerke Biberach beschäftigen, was mindestens einmal jährlich intensiv geschehen sollte.

StR Kolesch widerspricht dem von StRin Drews hergestellten Zusammenhang zwischen den Parkgebühren und der Verlustverrechnung mit anderen Sparten der Stadtwerke Biberach. Ansonsten müsste man auch darlegen, dass die Gas- und Wasserversorger den Bus subventionierten. So sei es jedoch nicht, sondern es handle sich um eine rein rechnerisch, steuerliche Behandlung. Im übrigen habe man die Tiefgaragen jahrzehntelang bei der Stadt mit Defizitausgleich geführt.

OB Fettback unterstreicht dies.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht 2007 wird zur Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 199/2007 zur Information vor.

Herr Dr. Biege erläutert die Vorlage kurz.

StR Dullenkopf meint, die Zahlen seien gar nicht so schlecht. Über das Grundsatzproblem der Volkshochschule könne man gerne bei anderer Gelegenheit diskutieren. Der Rückgang bei Theaterabos und ähnlichen zeige, dass man nicht nur die Kosten beurteile, sondern ob Maßnahmen in den Gesamtrahmen passten, was positiv sei. Die Aussage zum Archiv habe nicht überrascht, wonach Raumbedarf in fünf Jahren prognostiziert werde. Er gehe davon aus, dass dieser Bedarf vermutlich erst in 10 Jahren entstehen werde. Zur Stadtbücherei bemerkt, hier werde umgesetzt, dass die positive Assoziation zum Buch bereits frühzeitig erfolgen müsse. Wenn für Veranstaltungen keine Eintritt verlangt werde, handle es sich um „brotlose Kunst“ beziehungsweise werde sie so von der Bevölkerung aufgefasst. Daher solle man für anspruchsvolle Veranstaltungen zumindest einen geringen Beitrag verlangen, da sie sonst von den Bürgern als überflüssig erachtet würden. Der Tourismus protze mit einem Anstieg der Stadtführungen und Übernachtungen, er frage sich jedoch, ob hier eine Kausalität bestehe auch hinsichtlich der genannten Konsumbeträge. Er beobachte bei Stadtführungen oft, dass sie an der Stadthalle starteten und dort oft endeten, wobei den Teilnehmern kaum Zeit bleibe, Geld in Biberach auszugeben. Er glaube daher solchen Zahlen nicht.

StRin Kübler sieht in der Vorlage nicht mehr als einen Zwischenbericht, aus dem Kostenbewusstsein erkennbar sei. Sie könne hieraus jedoch nicht beurteilen, ob der Budgetierungsbeschluss richtig oder falsch gewesen sei. Dies könne man erst anhand der abschließenden Zahlen beurteilen. Biberach sei eine lebendige Stadt und sie konstatiere einen erfreulichen Mut, neue Wege zu gehen. Positiv sei auch, dass die Bruno-Frey-Musikschule ihr Angebot am Bedarf orientiere. Die Konzentration von Museum und Stadtbücherei auf Kinder und Jugendliche sei anerkennenswert. Man begrüße Kooperations- beziehungsweise Vernetzungsüberlegung der Volkshochschule, die mehr Aufmerksamkeit benötige, was durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit möglich wäre. Daher habe man sich gewundert, dass hierfür im Haushalt 2008 kein Ansatz vorgesehen worden sei.

StR Zügel hält es als Sinn und Zweck der Budgetierung, den Verantwortlichen eigenständiges und unternehmerisches Handeln zu ermöglichen. Dies führe zu positiven Verhaltensänderungen. Es sei klar, dass ein höherer Verwaltungsaufwand damit verbunden sei, per saldo sehe er dies jedoch als positiv und richtig an. Der Gemeinderat ziehe sich damit aus Detailbetrachtungen zurück und müsse in politischen Entscheidungen die Höhe des Budgets festlegen. Aus Sicht der Freien Wähler sei nun die Talsohle erreicht. Man müsse dem Kulturbereich wieder mehr Luft für Aktivitäten geben. Das Wahllobo in der Stadthalle bezeichne er als positiv. Lieber habe man ein volles Haus statt eines elitären Angebots.

StR Späh meint, der „Puffer“ den sich die Einrichtungen erarbeitet hätten, lasse einiges Positives bewegen. Nach dem Budgetabschluss müsse man die Ziele neu festlegen. Als positiv bezeichne er die Entwicklung der Veranstaltungen in der Stadthalle. Ob im Archiv wirklich eine Veränderung anstehe, müsse man abwarten. Die Entwicklung der Stadtbücherei bezeichne er als sehr positiv. Die Musikschule verzeichne durch die Ganztagsbeschulung einen Umbruch und man hoffe, dass

dies gut funktioniere und eine stärkere Verzahnung mit anderen Kultureinrichtungen erreicht werde. Beim Museum sei eine positive Entwicklung im Kinder- und Jugendbereich zu beobachten. Man müsse sehen, ob hierfür weiteres Personal erforderlich sei.

StR Funk gibt zu verstehen, er habe sich die Budgetierung anders vorgestellt und habe eher die Tendenz, sie nicht fortzuführen. Letztlich handle es sich nur um ein Einfrieren des Budgets. Es könne nicht sein, dass bei knapper Finanzausstattung ein Kahlschlag in der Kultur erfolge. Er wünschte sich mehr Mitspracherecht.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 197/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 12.11.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt zu erarbeiten.

TOP 15.1 Verschiedenes: Wieland-Stiftung

StRin Kübler spricht einen jüngst in der Schwäbischen Zeitung erschienen Bericht zur Wieland-Stiftung an, in dem von einer Finanzausstattung in Höhe von 2,5 Mio. € die Rede sei. Dies sei nicht richtig. Sie fragt, aufgrund welcher Informationen die Wieland-Gesellschaft damit an die Öffentlichkeit gegangen sei. Auch werde von der Ausschreibung einer Ganztagsstelle und der Verlängerung eines Werkvertrags gesprochen. Sie fragt, an wen die Anfragen gegangen seien. Ferner werde von einem Vorschlag gesprochen, das PG in Sophie La Roche-Gymnasium umzutaufen. Auch hier interessiere sie, ob die Verwaltung angesprochen worden sei. Wenn etwas in der Zeitung stehe und der Gemeinderat hiervon nichts wisse, sei dies verwunderlich.

OB Fettback antwortet, die 2,5 Mio. € seien nicht beschlossen, die Verwaltung könne sich jedoch vorstellen, abweichend von der Beschlusslage die 1 Mio. €, die komplementär gedacht gewesen sei, gleich in die Stiftung zu geben, woraus dann auch die Personalkosten erwirtschaftet werden könnten. Dies habe Herr Dr. Biege Herrn Dr. Flechtner mitgeteilt. Es sei nicht gut, dass dieser damit an die Öffentlichkeit gegangen sei.

Herr Dr. Biege unterstreicht dies. Es sei eine Vorlage geplant und diese habe er in der Vorwoche der Wieland-Gesellschaft mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Sie sei auch an das Regierungspräsidium und das Finanzamt gegangen. Sobald man die Stellungnahmen habe, werde der Gemeinderat mit dem Thema befasst.

TOP 15.2 Verschiedenes: Bauvorhaben Hiller, Pfluggasse

StRin Vollmer spricht das Bauvorhaben von Herrn Hiller in der Pfluggasse an. Sie fragt, warum das Bauverwaltungsamt die Planung ohne Einschaltung von Bauausschuss und Gemeinderat genehmigt habe. Ferner interessiere sie, wieso BM Ogertschnig und Herr Kuhlmann dem Verfahren zugestimmt hätten.

BM Ogertschnig antwortet, man habe in einem öffentlichen Verfahren den Bauwunsch von Herrn Hiller und die Mehrfachbeauftragung für das Projekt dargelegt. In der Jury seien Herr Kuhlmann und er vertreten gewesen. Das getroffene Ergebnis halte man für die richtige Lösung für die vorgesehene Nutzung und die städtebauliche Situation. Dass hierzu unterschiedliche Meinungen möglich seien, sei nicht zu kommentieren. Zu dieser Position sei man auch gegenüber Angrenzern gestanden. Man werde dies auch nochmals in der Presse verdeutlichen.

StRin Vollmer fragt, warum die Stadtbildsatzung nicht angewendet worden sei.

BM Ogertschnig erwidert, diese stamme aus den 70er Jahren und damals habe man die Altstadt anders diskutiert als in den letzten Jahren mit dem Gremien. Man wünsche sich eine lebendige Altstadt. Die Altstadt habe schon im 19. Jahrhundert massive Einbrüche erlebt, weshalb es klarer Konsens im Gemeinderat sei, die Altstadt mit moderner Architektur zu ergänzen, wo ein Gebäudeerhalt nicht möglich sei. Die Altstadtsatzung müsse insoweit überarbeitet werden.

Beim Bauvorhaben Hiller habe es in der Kommunikation Unterbrechungen gegeben, was auf seine Erkrankung und eine Erkrankung von Herrn Hiller zurückzuführen sei. Dann habe er in den Ferien im Sommer keine Möglichkeit gehabt, den Gemeinderat zu informieren.

StRin Vollmer meint, der Gemeinderat müsse sehr wachsam bleiben. Es habe schon mehrere negative Fälle gegeben. Beispielsweise sei das Biberareal erschreckend.

OB Fettback meint, dieses klinge sehr nach Äußerungen des Bürgerforums. Er habe nach dessen Gründung ein Gespräch mit dem Bürgerforum angeregt, worauf monatelang nichts passiert sei. Dann habe das Bürgerforum sofort einen Termin gewünscht, was nicht realisierbar gewesen sei. Am Folgetag wäre nun eigentlich eine Besprechung, die er jedoch aufgrund weiterer erforderlicher Vorstellungsgespräche wegen der Geschäftsführung der Stadtwerke abgesagt habe.

StR Funk meint, wenn Herr Hiller bereits eine sechsstellige Summe aufgebracht habe, könne es sich um keine Vorplanung mehr handeln. Er fragt, was die Stadt mit Herrn Hiller vereinbart habe. Zwar müsse der Gemeinderat nicht informiert werden, wenn die Verwaltung für ein Vorhaben zuständig sei, er fände eine Information aber sinnvoll.

OB Fettback erwidert, es sei Aufgabe des Baudezernats und des Stadtplanungsamts, mit möglichen Investoren offensiv umzugehen, was in diesem Fall erfolgt sei, ehe man den Gemeinderat informiert habe. Nach dem Wettbewerbsabschluss hätte man den Bauausschuss informiert, was aufgrund der Krankheit von Herrn Hiller und BM Ogertschnig versäumt worden sei. Dann sei der überraschende Bauantrag von Herrn Hiller gekommen.

BM Ogertschnig fügt an, in Gesprächen habe man mit Herrn Hiller dargelegt, dass zwei Möglichkeiten existierten: Zum einen die Aufstellung eines Bebauungsplans, was gewisser Zeit bedürfe

oder eine Lösung nach § 34 BauGB, wofür die Verwaltung zuständig sei. Während des Wettbewerbs habe man ihm verdeutlicht, dass eine Lösung nach § 34 BauGB nur funktioniere, wenn keine Angrenzereinsprüche vorgebracht würden. Dann habe sich Herr Hiller ohne Rückkopplung mit der Verwaltung anders entschieden und einen Werkvertrag oder ähnliches abgeschlossen, habe also risikobehaftet gehandelt.

TOP 15.3 Verschiedenes: Neubau Hallenbad

StR Keil bringt vor, die Entwicklung des Neubaus Hallenbad werde von der Bevölkerung gespannt verfolgt. Er sei gefragt worden, ob für die Öffentlichkeit eine Dokumentation erfolge.

Frau Appel lässt wissen, sowohl auf der Homepage der Stadtwerke als auch der Stadt Biberach werde der Baufortschritt in Bildern dokumentiert.

Gemeinderat, 19.11.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig